

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Postgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeitspalte oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

Das bayerische Wahlrecht und die Agitation.

* Leipzig, 12. September.

Vom Genossen Porbus erhalten wir folgende Zuschrift, die wir als orientierendes Material für die Verhandlungen des Münchener Parteitags an dieser Stelle veröffentlichen:

Wird das Alter der Wahlberechtigung in Bayern von 21 auf 25 Jahre hinaufgerückt, so werden in Bayern 150 000 Personen um ihr Wahlrecht gebracht. Die Zahl wurde zuerst angezweifelt. Doch als ich eine genaue statistische Aufrechnung vorlegte, konnte diese nicht mehr bestritten werden. Es ist Tatsache, daß unsere bayerische Fraktion der Entziehung von 150 000 Mann, 15 Prozent der Wählerschaft, zugestimmt hat. Um aber über die peinliche Sache sich hinwegzuhelfen, erklärt man: jenes Wahlrecht war überhaupt kein Wahlrecht. „Was nützt uns“, heißt es, „das indirekte Wahlrecht, da wir keine Wahlmänner finden können — ohne Wahlmänner keine Wahl!“ Diese Beweisführung nahm auch den Genossen Auer gefangen, der sonst zu der bayerischen Wahlreform sich sehr skeptisch verhält.

Ich vermiße vor allem — Konsequenz. Wenn das Wahlmannersystem das Wahlrecht zu einem Nichts macht, warum dann nur für die 21 bis 25jährigen? Dann gilt es für alle. Dann wäre die Situation so, daß wir bis jetzt in Bayern gar kein Wahlrecht besäßen, und erst nunmehr — dem Centrum sei es gedankt — zu einem Wahlrecht gelangen. Wie denn auch Auer schreibt: „Sie (die Genossen in der bayerischen Fraktion) gaben in der Resolution ein Recht auf, das in seinen Wirkungen heute gleich Null ist, und wollen durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ein Recht gewinnen, das den Arbeitern in ganz Bayern — nicht, wie bisher, nur in ein paar bevorzugten Wahlkreisen — das Recht und die Möglichkeit giebt, sich an den Landtagswahlen mit Kandidaten ihrer Wahl zu beteiligen!“ Ist dem so und stellt man sich auf den Standpunkt des Tauschgeschäfts, warum sollten wir dann nicht auch einer Hinausschiebung des Alters der Wahlberechtigung bis zum 30. Jahre zustimmen? Immerhin wäre das „mehr als Null!“ Oder warum sollte man da nicht auch für eine Erhöhung des Wahlcensus stimmen dürfen? Tatsächlich hat ja unsere bayerische Fraktion, wenn nicht einer Erhöhung, so doch einer nicht unwesentlichen Verschärfung des Census zugestimmt. So führt die Konsequenz des von der bayerischen Fraktion eingenommenen Standpunkts zu einer Verwischung unserer grundsätzlichen Stellung überhaupt. Wir können unser Programm einstecken und einfach erklären: wir acceptieren jedes Wahlrecht, das mehr ist, als gar keins!

Will man schon „praktisch“ sein, so muß man vor allem die Dinge so nehmen, wie sie sind. Nur keine Liebertreibungen! Die Unzulänglichkeiten des indirekten Wahlrechts sollen gewiß nicht bestritten werden, aber wenn man ein Unrecht gegen ein Unrecht eintauscht, so muß man auf beiden Seiten genau messen. Wie sieht es nun in Bayern mit der Schwierigkeit der Aufstellung von Wahlmännern? Bei den letzten Wahlen wurden 747 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt — die nicht gewählten Wahlmännerkandidaten verzeichnet die amtliche Statistik nicht. Rechnet man, daß wir in den Wahlkreisen, wo wir Abgeordnete bekamen, die gesamte Wahlmännerliste und an anderen Orten mit einer bedeutenden sozialdemokratischen Wahlbeteiligung auch nur 50 Prozent der Wahlmännerkandidaturen belegt hatten, so gelangt man zum Ergebnis, daß wir mindestens 1847 Wahlmänner aufgestellt haben müßten. Die Gesamtzahl der zu wählenden Wahlmänner ist 10056. Nun sagt man aber, unsere ganze Wahlmänneraufstellung beschränkte sich auf „ein paar bevorzugte Wahlkreise“. Stimmt, wenn auch nicht ganz. Gewiß, in ganz Niederbayern und in der ganzen Oberpfalz gab es nicht einen einzigen sozialdemokratischen Wahlmann. Aber sehen wir uns doch erst an, wie es hier bei den Reichstagswahlen ausfiel! Die Stimmengahl, die wir zuletzt in den sechs Reichstagswahlkreisen Niederbayerns erhielten, bewegte sich zwischen 81 und 490 — daß da die Landtagswahlen von vorneherein aussichtslos waren und es gar keinen Sinn hatte, Wahlmänner aufzustellen, liegt auf der Hand. Nicht anders die Oberpfalz: nur in Regensburg erhielten wir 1685 Stimmen gegenüber mehr als 15 000 gegnerischen, in den anderen 4 Wahlkreisen bewegte sich unsere Stimmengahl zwischen 158 und 597. Dasselbe ist aber auch der Fall in Oberbayern, wenn man von München, in Mittelfranken, wenn man von Nürnberg-Fürth absteht, überhaupt in der ganzen Provinz. Es handelt sich also nicht um ein Spezifikum der Landtagswahlen, sondern um die allgemeine Tatsache, daß wir in Bayern nur in den Industriezentren Ausichten auf Erfolg haben. Nur in 8 Wahlkreisen von den 48 kamen wir bei den Reichstagswahlen von 1898 ernstlich in Betracht, der Rest bestand aus reinen Jährländaturen. Für Jährländaturen gehört aber ein besonders hohes politisches Interesse, das die Landtagswahlen bei der politischen Bedeutungslosigkeit besonders der süddeutschen Einzelstaaten im allgemeinen nun einmal nicht bieten können. Darum hat man in den weitaus meisten bayerischen Landtagswahlkreisen nicht einmal den Versuch gemacht, Wahlmänner aufzustellen. Wo nichts gethan wurde, kann auch von einem Mißerfolg nicht die Rede sein. Von den 8 Reichstagswahlkreisen aber, wo wir Ausichten hatten, sind 6 im Landtage vertreten, und bei den übrigen war die

Stimmengahl wie folgt: Hof — Reichstagswahlen 6580, Landtagswahlen 4510, Bayreuth 4211 und 3658. Zieht man in Betracht, daß bei den Landtagswahlen nur die Stimmen für die gewählten Wahlmänner angegeben werden und daß die Wählerzahl eine geringere ist, so wird man sich mit dem Resultat wohl zufrieden geben. Es sind aber noch an einer erheblichen Zahl anderer Orte sozialdemokratische Wahlmänner gewählt worden: so in Regensburg II mit 4595 Stimmen, Ansbach 3534, Würzburg I und II 4460, Augsburg 2049, Eichach 948 u. — alles Stimmen für gewählte Wahlmänner. Daß man das alles „gleich Null“ setzt, dazu gehört eine Geringschätzung der „praktischen Erfolge“, zu der ich mich als Theoretiker nicht hinaufzuschwingen vermag.

Die Schwierigkeiten, geeignete Wahlmänner aufzustellen, sind nicht größer, als die, passende Vorstandskassen für unsere Vereine zu finden, als die Schwierigkeiten bei der Aufstellung der zahlreichen Kandidaten für die Gemeindevahlen, für die Gewerbevereine, die Krankenkassen und die sonstigen Versicherungsanstalten, als die Besetzung der Vorstandskassen der gewerkschaftlichen Lokalvereine. Es sind mehrere Zehntausende öffentlicher Stellen, welche unsere Partei jetzt besetzt hält, und die Zahl der Kandidaten ist selbstverständlich entsprechend höher. Gewiß bleibt die Besetzung solcher zahlreichen Stellen immer eine Frage des organisatorischen Geschicks, aber schließlich findet sich überall früher oder später die abtichtige Kandidatenzahl, wo nur das Interesse vorhanden ist.

Unsere Partei rüstet jetzt zum Wahlkampf in Preußen. Das ist auch eine Wahlmannerswahl, und zwar viel schlimmerer Art, als in Bayern. Auch ist der politische und ökonomische Druck in Ostpreußen ein größerer. Und die Wahlmannerswahl, vor der unsere Partei in Preußen nicht zurückschreckt, sie verfehlt unsere bayerische Fraktion auf einmal in eine derartige Verzweiflung, daß sie ein vorhandenes Recht preis giebt, um sie nur los zu werden! Was wir in Ostpreußen wagen, das soll in Bayern unmöglich sein?

Die Hauptschwierigkeiten bei der Aufstellung von Kandidaten in Bayern sind dort, wo die Ausichten auf den Erfolg die geringsten sind, denn da ist auch das Interesse am geringsten. Die Schwierigkeiten der indirekten Wahlen werden in dem Maße überwunden, als unsere Agitation Erfolg hat. Dagegen läßt sich ein verlorenes Recht nicht so leicht wieder herstellen.

Unsere geringen agitatorischen Erfolge auf dem Lande in Bayern sind schuld an der geringen Besetzung der Landtagswahlkreise. Erst in letzter Linie kommen die indirekten Wahlen in Betracht. Woher die geringen Erfolge der bayerischen Landtagitation, mag diesmal unerörtert

Seuiletton.

Das tägliche Brot.

Roman von Clara Wiebig.

Da war die Bertha doch anders! Frau Reschke, die immer noch mit ihr in Verbindung stand, Sachen von ihr in Verwahrung hatte, sie sogar zuweilen zwischen Hell und Dunkel besuchte, hatte ihr gleich die Verlobung angezeigt. Umgehend war eine hochfeine Gratulationskarte zurückgekommen — ein Amor, zwei Herzen mit einem Pfeil durchbohrend; unter Rosenwinden die Inschrift: „Innigsten Glückwunsch.“ Die war nobel, die mußte eingeladen werden. Und Bertha, die es jetzt in einem Chambregarnie mit sehr viel Arbeit — der Lohn war im Hinblick auf das Trinkgeld, das besonders die Herren spenden sollten, auch nicht gut — miserabel gestroffen hatte, sagte zu. Sie schrieb, „es sei ihr bei der Schinderei leider nicht möglich, noch einmal vorher zu kommen, um ihre geliebte Freundin in die Arme zu schließen; doch würde sie sich am Hochzeitstag schon ganz früh einfinden, um selber der holden Braut den Kranz aufs Haupt zu setzen.“

Hauptsächlich, um dem Jammer der Mutter, wegen der mangelnden Hochzeitsgäste, ein Ende zu machen, hatte Arthur noch Herrn Bartuschewski eingeladen, den „Vicewitz“ des neuen Hauses in der Bahnstraße, der partierete im Hofe wohnte und Beleuchtung und Wasserleitung Angelegenheiten, Treppen- und Trottoirreinigung unter sich hatte. In der Frau entdeckte man noch dazu eine gute alte Bekannte — die junge, bleich-

süchtige Marie von Rentiers. Jung schien die jetzt zwar nicht mehr, aber bleichsüchtig war sie noch immer. Blutleer und schwach stand sie unter den Bieren — drei Stiefkinder und ein eigenes, — die sie umtobten; das fünfte Kind war auch nicht mehr fern. Mit großer Freudigkeit nahm das Ehepaar die Einladung an; Herr Bartuschewski litt an chronischem guten Appetit, und Marie hatte, wie früher, immer noch extra Gelüste.

Aus Erkenntlichkeit für die Einladung borgte Herr Bartuschewski ein paar Holzböde aus dem Keller, die die Tapezierer vergessen hatten; mit darüber gelegten Brettern und einem weißen Tuch gedeckt, verlängerten sie den Esstisch. Und Marie, die in ihren Ruhestunden Papierblumen zum Verkauf fertigte, spendierte davon einige zur Tafelausschmückung.

Es war seit seiner Verlobung das erste Mal, daß Arthur lächelte, als er am Vorabend seiner Hochzeit die blühblank hergerichtete Stube musterte. Mit einem tiefen Atemzug trat er ans Fenster des hochgelegenen Zimmers und schaute hinab auf das Häusermeer mit den funkelnden Lichtsternen, und dann weit entlang den breiten Schienenstrang der Potsdamer Bahn.

„Da sehen wir der Bahn fahren“, sagte er zu Marie, die auf den Arnen lag und noch einmal mit dem Scheuertuch die Wandleiste entlang wischte. „Da können wer uns einbilden, wer reisen mit, wie die Kapitalisten.“

Sie verstand ihn nicht. „Wenn wer nur immer satt haben“, sagte sie und sah sich bestrebt um.

Biel war nicht in der Stube; ein Bett, ein Stuhl für das Kind, ein Tisch, vier Stühle, ein Kleiderschrank, ein Spiegel — alles auf Abzahlung. Neben dem Esstisch, das zugleich als Kochherd diente, hing ein Küchenrahmen; den hatte Vater Reschke gestiftet. Jedes

Löffchen, jeder Kochlöffel war mit himmelblauen Bändchen gebunden.

Als Marie in den Keller zurückkam — seit sie aus dem Dienst war, schlief sie die letzten paar Nächte dort, Arthur nächtigte schon in der neuen Wohnung, Mutter Reschke hielt auf Sitte und Anstand, — wartete ihrer eine Ueberraschung. Ein Paket, ein Paket von zu Hause!

Die Adresse lautete: „vrau mine reschke (heinzes mine) berlin in geller göbensstraße 8.“

Wer hatte das geschrieben?! Mine hatte noch nie ihrer Mutter Handschrift gesehen. Mit zitternden Händen riß sie die Verpackung auf. O weh, lauter Eier in einem alten Korb — zerbrochen, trotz dazwischen gestreuten Häckfels! Die gelbe Suppe lief ihr über die Finger.

Und dazwischen ein großes Briefblatt, ganz durchnäht, die Schrift kaum mehr zu entziffern: „liebe dochter Ich gradelir der zu deine hurt, heinze wech nisch derjohn

deine Lübe Mutter.“ Mine mußte weinen. Weinte sie darum, weil die Eier alle zerbrochen waren? Sie wußte selbst nicht warum; die Thränen kolkerten ihr nur so über die Backen.

Frau Reschke jammerte; sie war ganz außer sich über den Verlust der schönen, frischen Eier. Mit einem Löffel suchte sie das noch Brauchbare in einen Topf zu schöpfen; wenn auch ein paar Häckfelstückchen mit hineinkamen, das machte nichts, zu einem Rapsfuchen war's noch zu verwenden. Sie brachte Mehl und Milch herzu und schickte Elli zum Bäcker nach Hefe.

Mine war zu nichts zu gebrauchen, sie stand und sah immer starr auf die Trümmer des eingebröckten Korbes.

bleiben. Das aber ist sicher: dadurch, daß wir in der Wahlrechtsfrage dem parlamentarischen Mißgeschick beitreten, dadurch, daß wir auf eine fruchtbare Agitation verzichten, dadurch, daß wir uns dem Centrum und Bauernbund unterordnen, gewinnen wir die bayerische Landbevölkerung nicht.

Hätte man aber agitiert, hätte man, statt den reaktionären „Kompensationen“ zuzustimmen, die Massen gegen sie mobil gemacht, dann hätte auch das Centrum kein so leichtes Spiel. Woher die Gewißheit, daß die neuen Wahlrechtungen unüberwindlich sind? Da man die öffentliche Agitation dagegen unterlassen hat, so kann man auch nicht behaupten, daß sich nichts hat ändern lassen. Im Gegenteil, es giebt Anhaltspunkte zu der Annahme, daß an dem Wahlrechtsalter die Reform nicht scheitern würde. Das Haupthindernis ist die Wahlkreiseinteilung und nicht die Wahlberechtigungs-grenze. Freilich, wenn man dem Centrum freie Bahn läßt, so kann es gar nicht reaktionär genug sein. Und wenn auch, wenn wir schließlich doch in den saureren Äpfel hätten beißen müssen, so hätten wir jedenfalls den Nutzen der Agitation.

Das Spiel der bayerischen Wahlreform ist noch keineswegs zu Ende. Was unterlassen worden ist, kann noch nachgeholt werden; zugleich gilt es, weiteren Wahlrechtsverfälscherungen durch energische Agitation entgegenzutreten. Das ist es, worüber der Parteitag die Entscheidung zu fällen hat.

Politische Hebersicht.

Wir laufen niemandem nach!

Dies gestülpte Wort Bismarcks, das ungefähr auf gleicher Stufe steht mit seinem Schwur, nicht nach Canossa gehen zu wollen, während er dann doch, noch weit pünktlicher als weiland Kaiser Heinrich IV. im Schloßhofe von Canossa antrat, findet eine neue Beleuchtung durch die sich täglich mehrenden Nachrichten über die ausgeführte Unhöflichkeit, womit die russischen Offiziere während der sogenannten Kasertage in Posen als Gäste des deutschen Kaisers aufgetreten sind. Daran ändert auch nichts das sadgrobe Dementi, womit die Norddeutsche Allgemeine Zeitung diesen „böswilligen Matsch“ zu erstickern suchte, zumal da die russischen Offiziere alsbald mit einer, schon die äußerste Grenze der diplomatischen Höflichkeit streifenden Deutlichkeit erklärten, das Erscheinen der russischen Offiziere in Posen sei nur durch den ausdrücklichen Wunsch des deutschen Kaisers veranlaßt worden, es entbehre jeder militärischen und politischen Bedeutung.

Bemerkenswert an dem provokatorischen Auftreten der russischen Offiziere ist besonders, daß sie gleichzeitig, so weit es sich mit ihrer Stellung irgend vertrug, mit der polnischen Bevölkerung fraternisiert haben. Sie quartierten sich in dem polnischen Hotel Wazar ein, das von der „vornehmen“ deutschen Gesellschaft gebojottet wird. Die deutschen Patrioten, die niemandem nachlaufen, sagten entschuldigend, ein anderes Hotel habe nicht zur Verfügung gestanden. Dann illuminierte das Hotel Wazar nicht, auch in den von den Russen bewohnten Zimmern nicht. Daraus meinten jene stolzen Patrioten, die Aktiengesellschaft, der das Hotel gehöre, habe dem Direktor das Illuminieren telegraphisch verboten. Da aber diese Erklärung gar zu windig erschien, spitzfindeten sie weiter, aus Petersburg sei die Illumination befohlen worden, aber die Offiziere hätten nicht gehorcht. Hierzu wird der Schlesischen Volkszeitung aus Posen geschrieben:

Wäre von Petersburg aus gewünscht worden, die russischen Offiziere sollten die lange Front im polnischen Wazar illuminierten, so hätten die russischen Offiziere selbstverständlich illuminierten müssen. Eine Aufsehung gegen den Petersburger Wunsch wäre wohl den russischen Offizieren sehr schlecht bekommen, denn in dieser Hinsicht versteht man in Rußland beinahe keinen Spaß. Die russischen Offiziere im Wazar beteiligten sich bei der Illumination also nicht mit einem Lichte. Dabei liegt der Wazar direkt dem Provinzialmuseum gegenüber. Die Wazarfront ist sogar noch weit länger, und im Provinzialmuseum fanden ja bekanntlich die Prunkmahlzeiten statt. Die Behörden ließen infolgedessen an der ganzen langen Front, welche der Wazar einnimmt, von den Straßenlaternen den Ausschlag und die eigentliche Laterne abnehmen und so große Plambeaus brennen, um die Dunkelheit des Wazars zu erhellen. Ob die Russen sich, wie die Deutsche Zeitung schreibt, mit den Polen verbrüderet und polnische Lieder gesungen haben, wissen wir nicht. Aber das ist bekannt und ist trotzdem wahr, daß die russischen Offiziere große Einkäufe fast ausschließlich in polnischen Geschäften machten, und als einer der Verkäufere sie in deutscher Sprache antreden wollte, sie sich dieses verboten und

Bedienung in polnischer Sprache verlangten. Im übrigen sprachen die russischen Offiziere, die hierher gekommen waren, alle gut polnisch und erklärten, daß sie in Warschau polnisch sprächen, also auch hier polnisch sprechen müßten. Berliner Wäcker haben weiter berichtet, daß auf alle die Liebenswürdigkeiten und Aufmerksamkeiten sowohl auf dem Parabelfeld wie bei dem Kaiserstreiche Fischerhoff dem deutschen Kaiser gegenüber sich dastand und mit keiner Wimper zuckte. Thatsächlich trug das Gesicht des Generalgouverneurs v. Fischerhoff stets deutlich den Stempel der langen Weile und es schien ausdrücken zu wollen: „Ich komme nicht auf eigenen Wunsch hierher.“ Selbst als das Kaiserpaar Fischerhoff so sehr auszeichnete, hellte sich sein Gesicht nicht auf. Dabei darf man nicht vergessen, daß gerade die gebildeten Russen gleich den gebildeten Polen von einer beispiellosen Höflichkeit sind und Komplimente außerordentlich lieben. ... Aus unserer eigenen Kenntnis können wir übrigens noch folgendes mitteilen: Es war in der Nacht vom 2. zum 3. September. Wir saßen in Posen im Wiener Café am Wilhelmstraße. In Begleitung von zwei preussischen Offizieren erschienen mehrere russische. Die Offiziere saßen an einem Tische direkt am Eingange. Es war gegen Morgen zwischen 2 und 3, als sich die russischen Offiziere in das nach dem Hofe gelegene Wladimirzimmer auf kurze Zeit begaben. Mit den deutschen Offizieren hatten sie deutsch gesprochen. Jetzt sprachen sie unter sich russisch, in dem Glauben, daß keiner der Umstehenden sie verstände. Sie wurden aber doch verstanden. Was die Russen unter sich sprachen, war eine scharfe Mißbilligung der preussischen Antipolenpolitik.

Wir haben unseren Lesern dies kleine Stimmungsbild nicht vorenthalten wollen, da es der inneren Wahrscheinlichkeit nicht entbehrt und die verhängnisvollen Folgen der in der Provinz Posen betriebenen „Germanisierung“ nach einer bestimmten Richtung hin treffend illustriert. Die Dinge liegen nicht mehr so wie in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, wo die polnischen Patrioten ihre Hoffnungen auf Deutschland setzten, um sich des zarischen Despotismus zu erwehren. Seitdem die „staatsmännischen Genies“ in Deutschland angekommen sind, von Bismarck bis auf Bülow, hat sich das Bild geändert, und die Möglichkeit, aus der Provinz Posen eine deutsche Vormauer gegen Rußland zu machen, lehrt sich in die Thatsache um, daß die Provinz Posen eine russische Vormauer gegen Deutschland zu werden beginnt.

Der russische Despotismus treibt eben keine Zupheidi-Zupheidi-Politik, und trotz alles deutsch-patriotischen „Beitriebs“ vor ihm wird er kaltblütig die Konsequenzen der Thatsache ziehen, daß er keinen Anteil an der polnischen Deute zu russifizieren verstanden hat, während die Berliner Politik ihren Anteil nicht einmal zu vorruffizieren, geschweige denn zu germanisieren versteht.

Gleiche Brüder, gleiche Rappen.

Wie über den Kreuznacher Staatsstreik, so sind die Freisinnigen und die Scharfmacherpresse auch ein Herz und eine Seele in der Frage, ob die Eisenbahnarbeiter ein Koalitionsrecht haben sollen. Berliner Tageblatt und Kreuzzeitung leitenartlich gleichzeitig darüber, und beide beantworten die Frage mit Nein. Höchstens, daß die freisinnige Zeitung einige Redensarten mehr macht, als die reaktionäre.

Das Berliner Tageblatt ist so gültig, den Streik als berechtigt anzuerkennen, wo sich Privatinteressen feindselig gegenüberstehen. Aber es erklärt ihn für absolut verwerflich, sobald ein Streik die Interessen der Allgemeinheit zu schädigen drohe, selbst wenn das Privatinteresse, das durch den Streik gefördert werden sollte, an sich berechtigt sei. Der einfachen Folgerung, die sich daraus ergibt, nämlich daß Eisenbahnarbeiter auch die ärgsten Hungerlöhne ertragen müssen, ohne das ihnen gesetzlich gewährte Koalitionsrecht zu gebrauchen, sucht das Berliner Tageblatt dadurch auszuweichen, daß es die Forderung stellt, die „Reute müßten selbstverständlich ausreichend“ besoldet werden. Diese „selbstverständliche“ Trivialität ist aber gar nicht so schlimm gemeint; die eigentliche Meinung des würdigen Organs zeigt sich in der kategorischen Aufforderung an die Eisenbahnverwaltung, „der Sache andauernd ihre schärfste Aufmerksamkeit zuzuwenden und rechtzeitig diejenigen Mittel zu ergreifen“, die solchen Gefahren dauernd vorbeugen.

Cynischer, aber ehrlicher sagt die Kreuzzeitung: „Auf ein Verhandeln von Nacht zu Nacht mit aufrührerischen Arbeitermassen kann sich schließlich eine Wehrde nicht einlassen, sonst würde es mit ihrer Autorität rettungslos vorbei sein.“ Und dies Junkerblatt macht dann die praktische Anwendung, die Verengung der Eisenbahnarbeiter sei ein weisses leuchtendes Warnungssignal, allen Arbeiterkategorien schrankenlos Koalitionsfreiheit zu gewähren. Bekanntlich sind die Landarbeiter auch nicht im Besitz dieses Rechts, nach dem Berliner Tageblatt mit Recht nicht, denn ein Streik zur Zeit der Ernte könnte allerdings die Interessen der Allgemeinheit so stören, wie ein Streik

der Eisenbahnarbeiter, ja, wie sie jeder Streik stört. Da jeder Streik an irgend einem Punkte die nationale Produktionsmaschine außer Betrieb setzt, so stört er in letzter Instanz die „Interessen der Allgemeinheit“, so daß man mit dieser faulen Redensart das ganze Koalitionsrecht sämtlicher Arbeiterkategorien eskamotieren kann.

Wir brauchen unseren Lesern nicht erst auseinander zu setzen, daß, soweit auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft eine gewisse Sicherheit gegen derartige Störungen des nationalen Wirtschaftsbetriebes geschaffen werden kann, allein die gewerkschaftliche Organisation sie zu schaffen vermag. Es kam uns nur darauf an, zu zeigen, daß Liberale und Konservative gleich schnell bei der Hand sind, die wichtigsten Arbeiterrechte preiszugeben, sobald sie ein den Phylister blendendes Schlagwort zu haben glauben.

Wehe den Vestegelten!

Unter der gleichen Ueberschrift, die wir gestern der Unterhandlung Chamberlains mit den Burengeneralen gaben, teilt die Deutsche Tageszeitung sie mit, ergeht sich aber zugleich in sentimentalen Redensarten über die Grausamkeit Chamberlains und das herzbrechende Schicksal der Buren. Das ist im Munde eines agrarisch-junkerlichen Organs nichts als ein alberner Hoß. Chamberlain hat so gesprochen und gehandelt, wie er nach den ehrwürdigen Gesetzen gerade des preussischen Molochs sprechen und handeln mußte. Wo dieser Moloch einem überwindenen Gegner den Fuß in den Nacken setzen konnte, hat er allemal eine so kleinliche und schäbige Nachsicht bewiesen, wie sie selbst in der militärischen Welt kaum erhört ist. Wir erinnern nur, um ein Beispiel aus unzähligen herauszugreifen, an das Schicksal des siebzehnjährigen Tschow, dem, als er im Jahre 1888 als todkrankem Greis noch einmal einen Besuch in seiner Heimat abstatte, wollte, die deutsche Grenze gesperrt wurde, weil er 1848 im badischen Aufstande mitgekämpft hatte. Leute, die solche Dinge auf dem Korbholz haben, sollten sich doch nicht lächerlich machen, indem sie über Chamberlain sternen, weil er als Vertreter des kapitalistischen Mord- und Raubsystems gegenüber den Burengeneralen in seiner Rolle geblieben ist.

Deutsches Reich.

Stimmt!

Einem Kummer, der die Herzen aller patriotischen Phylister bedrückt, giebt die Kölnische Volkszeitung folgenden treffenden Ausdruck: „Wir sagen anderen viel mehr Liebenswürdigkeiten, als uns entgegengebracht werden; eine gewissenhafte Buchführung würde in unserem darauf bezüglichen Kredit und Debet ein arges Plankto zu unserem Ungunsten verzeichnen müssen. Ganz besonders ist das in Bezug auf Rußland der Fall, aber auch hinsichtlich Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten. Wie selten sind wir die Empfangenden und wie oft und reichlich geben wir! Schon der Ton der gegenseitigen Kundgebungen zeigt bei uns immer einen viel höheren Wärmeegrad; hochgestimmte Sympathieumgebungen erfahren eine fröstelnde, oft verlegene klingende Verstärkung.“ Das stimmt. Nur hätte die Kölnische Volkszeitung hinzufügen sollen, daß ein hervorragendes Mitglied ihrer Partei die Kritik dieses, das nationale Selbstbewußtsein allerdings nicht erbebenden Zustandes, an dem einzigen Orte zu hindern pflegt, wo sie eine praktische Wirkung üben könnte, nämlich auf der Tribüne des Reichstags.

* Berlin, 12. September. Der Reichskanzler Graf Bülow hat namens des Reiches der Kamerun-Eisenbahngesellschaft nach längeren Verhandlungen die Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn, welche von der Küste weit ins Innere von Kamerun führen soll, erteilt. Die kaiserliche Regierung hat der Eisenbahngesellschaft eine Reihe wichtiger Zugeständnisse gewährt und ein sehr wertvolles Gebiet von 50000 Hektar, ferner an der Bahn selbst das gesamte Regierungsland von erheblicher Ausdehnung zum Eigentum überwiesen.

Die technische Expedition für den Bau der Kamerun-Eisenbahn tritt am 15. September auf dem Dampfer Lucie Boermann von Hamburg aus die Reise nach Kamerun an. Leiter der Expedition ist der königliche Regierungsbaumeister Robert Neumann, dem ein Stab von deutschen, englischen und belgischen Ingenieuren beigegeben ist. Seitens der Reichsregierung ist der Expedition als Kommissar der Stationsleiter Romburg zugeteilt, der gleichzeitig die Anwerbung von eingeborenen Arbeitern in Kamerun leiten soll.

Eine neue Wehrde, welche die überseeischen Expeditionen vorbereiten und leiten soll, wird mit dem 1. November beim Reichsmarineamt mit der Abteilung für Seetransportangelegenheiten errichtet.

Da gellte vorn die Klingel. Elli kam atemlos zurück. „Mama“, sagte sie mit dem ganzen, ihr anergogenen Respekt vor dem Reichtum, „komm man rasch, die Reiche von oben! Mama, man los!“

„Totte doch, die Gile! For 'n Sechser Mohrrüben, wat? Aber warten lassen will man ihr ja doch nich. Ist bin grade bei's Stneten; jeh Du man, Mine, aber en bißken fix, dalli, dalli!“

Fräulein Haberborn stand im Laden, ihr schwarzes, abgeschabtes Ledertäschchen am Arm. Wichtig, für fünf Pfennig Mohrrüben, und dann noch für fünf Pfennig Peterzilie! Mine gab ihr reichlich, reichlicher als Frau Reschke zu geben pflegte.

Da sahen die schwarzen Augen sie weniger stehend an, das magere, strenge Gesicht hellte sich etwas auf. Gewissermaßen entschuldigend sagte die Dame: „Ich brauche nur so kleine Portionen, ich esse so wenig. Von Gemüse kann ich nur Mohrrüben vertragen.“

„O, die sind doch sehr gesund“, versicherte Mine, „besonders gegen Würmer.“

„Die habe ich nicht, Gott sei Dank!“ Fräulein Haberborn verzog den Mund zu einer Art von Lächeln, dann fixierte sie das Mädchen scharf. „Sind Sie nicht die Schwiegertochter der Frau Reschke?“

„Ja.“

„Sie scheinen mir eine ganz verständige Person. Würden Sie nicht nebenbei eine Aufwartstelle übernehmen?“

„N natürlich, das will ich ja gerade!“

Die Dame sah sie wieder scharf an. „Bei mir?“ Mine bekam Mine doch einen kleinen Schreck; bei Fräulein Haberborn hielt keine Aufwärterin aus, wie im ganzen Hause bekannt war. Das mußte doch einen Grund haben. Alle vier Wochen hatte sie, eine andere!

Aber was schadete das, sie konnte es ja einmal versuchen, es war doch gleich zu Anfang ein schöner Zuschuß. So sah sie dem Fräulein offen ins Gesicht.

„Wenn Sie mer haben wollen!“

„Gut, dann kommen Sie morgen früh.“

„Morgen —?! Entschuldigen Sie, da is mein Hochzeitstag.“

Die Dame machte ein verdrießliches Gesicht. „So — na, die paar Stunden würden Sie sich wohl abmüßigen können. Aber dann übermorgen, um sieben Uhr, pünktlich!“ Sie hob mahnend den Zeigefinger. „Vergessen Sie nicht!“

„Wo wer ich?! Da haben Sie de Hand drauf!“ Mine ergriff die dünne, in einem schäbigen schwarzen Macé steckende Hand und schüttelte sie herzlich.

Des Fräuleins Blicke drückten Verwunderung aus bei dieser treuerzigen Zutraulichkeit.

Frau Reschke war sehr ungehalten, daß Mine nicht gleich ausgemacht, wieviel sie für den Monat bekommen sollte. „Mindestens fufzehn Mark. Hättle man dreiste gefordert; ordentlich schrauben, die sitzt jetzt in de Klemme. Un se hat's ja derzu. Det sieht se ja keener an, wie velle Dausende die hat. Sieht aus, als wollt se anprechen jehn. Keen Armer kriegt ooch an ihre Thüre wat, da macht se Prach; aber wenn ener kommt mit de Liste for Kirchenbau oder for sonst 'nen wohlthätigen Zweck, da steht se angeschrieben mit froße Summen. So ne, die da so froßartig sind, die knapppen jerne wo anders. Sieh man zu, det se ordentlich verappt.“

„Wer schon“, sagte Mine, aber ihre Gedanken waren nicht dabei. Morgen war ja ihr Hochzeitstag! Sie that alles, was noch zu thun war, ganz mechanisch, wie im Traum.

Am Abend kam Grete zu ihr in die Kammer geschlüpft, die Schuhe in der Hand, damit die Eltern ihren Eintritt nicht hörten. Sie legte Mine, die schon im Bett war, zwei Büchlehen auf die Decke „Heilsarmee-Niederbuch“ und „Bekanntnisse eines glücklichen Heilsarmee-soldaten“.

Liebevoll sah sie auf die vom Schlaf Befangene nieder, hückte sich und hauchte ihr ins Ohr: „Da, das beste, was ich habe. Halleluja!“

Aber Mine brümmte etwas Unverständliches und drehte sich auf die andere Seite. Da schlich Grete wieder fort.

Der Sonntag war mild und sonnig. Frau Reschke war unglücklich über das Wetter; sie hätte es lieber gehabt, wenn es der Braut in den Kranz geregnet, das brachte Glück. Aber Mine war froh über den trockenen Boden und den wolkenlosen Himmel; da machten sie ihr doch nicht gleich Schmutztappen auf die frischgestrichenen Dielen.

Der Tag hatte überhaupt gut begonnen, Mühlwebers Kinder waren dazugewesen und hatten das Hochzeits-geschenk der Eltern überbracht: ein herrliches Kaffee-service, gold gerändert, mit rosa Gänseblümchen und grünen Blättchen bestreut. Mine war ganz außer sich vor Entzücken; am meisten aber war sie beglückt über das kleine Sträußchen, das ihr Irma, die auf dem Arm des neuen Mädchens, einer unfremdblichen, verdrossenen Person, auch mitgenommen war, schenkte. Sie herzte und küßte das Kind, das ihr so viele schlaflose Nächte bereitet, mit einer stürmischen, dankerfüllten Zärtlichkeit.

(Fortsetzung folgt.)

Von der Fleischnot. Auch in Göttingen macht sich der Viehmangel sehr bemerkbar. Die Schlächter haben die Preise durchweg bedeutend erhöht und stellen noch weitere Erhöhung in Aussicht. Am besten aber bezeichnet den Viehmangel der Bericht der Schlachthofverwaltung für den Monat August. Danach sind im genannten Monat 72 Schweine, 67 Kälber und 40 Hammel weniger geschlachtet als im August 1901, und dieser Rückgang fällt um so mehr ins Gewicht, als er eigentlich erst in den letzten 10-14 Tagen des Monats sich geltend gemacht hat. Beachtenswert ist auch der Rückgang der Einfuhr frischen Fleisches in die Stadt. Es wurden nämlich im August eingeführt 8720 Pfund gegen 9886 Pfund im Vorjahre, also auch 1166 Pfund weniger als im Vorjahre. Infolge der hohen Preise nimmt der Verbrauch an Fleisch stark zu, aber auch bei diesem ist ein Aufschlag von 10 Pfg. auf das Pfund erfolgt.

Die Breslauer Fleischereinung beschloß, beim Reichskanzler dahin zu wirken, daß, so lange am Breslauer Markt Schweine erster Qualität mit 42 Mk. und mehr, Kinder erster Qualität mit 32 Mk. und mehr für Lebendgewicht notiert werden, die Einfuhr lebender Schweine aus Rußland und Holland auf den Breslauer Schlachthof zu sofortiger Abschachtung gestattet werde. Unser Nürnberg-Bruderblatt meldet, veranlaßt die bayerische Regierung eine Enquete über die jetzigen Fleischpreise, über ihre Erhöhung während der letzten Monate, sowie über den Rückgang der Schlachtungen, deren Ergebnisse innerhalb fünf Tagen mitzuteilen sind. Eine zweite Enquete soll den Fleischbedarf der einzelnen Orte, die Herkunft des eingeführten Viehes und die Einrichtung von Viehhöfen und Schlachthäusern ermitteln.

Die russische Regierung trifft ihrerseits Maßregeln, die die Petitionen der deutschen Schlächter und Konsumenten um Öffnung der Grenze wohl zu unterstützen geeignet sind. Während unsere Regierung die Grenze auch für die Durchfuhr russischen Fleisches sperrt, obwohl dieses Fleisch der Gesundheit des deutschen Volkes und des nationalen Schweines nicht schaden kann, und obwohl die Verhinderung der Durchfuhr die preussischen Staatsbahneinnahmen verringert, läßt sich die russische Regierung anlegen sein, in den der Grenze benachbarten Gebieten durch verschärfte veterinärpolizeiliche Ueberwachung die Anlässe für die Schwierigkeiten zu beseitigen.

17 Protestversammlungen fanden in Berlin am 11. September gegen die hohen Fleischpreise statt. Mehrere der Versammlungen mußten wegen Ueberfüllung polizeilich abgebrochen werden. In sämtlichen Versammlungen gelangte eine gleichlautende Resolution zur Annahme, in welcher die Aufhebung der Grenzsperrung unter Anwendung hinreichender sanitärer Kontrollmaßregeln gefordert wird. Zugleich wird gegen die in dem neuen Zolltariffentwurf geplante Erhöhung der Viehsteuern, durch welche die Fleischnot auf das Äußerste steigen würde, protestiert.

Die juristische Hilflosigkeit gegenüber den Kartellen wurde auf dem gegenwärtigen Deutschen Juristentag in Berlin offen zugegeben. In der Abteilungsitzung für Strafrecht gelangte die Frage: Welche Maßregeln empfehlen sich für die rechtliche Behandlung der Ringe oder Kartelle? zur Verhandlung. Prof. Dr. Mengel (Wien) erklärte, er erachte es für notwendig, die Kartelle unter Staatsaufsicht zu stellen. Der Staat sei verpflichtet, von öffentlichen und Privatkorporationen im öffentlichen Interesse Kartellen zu verlangen. Der Redner empfahl folgenden Antrag: Der Deutsche Juristentag spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß für eine gesetzliche Regelung der Industriekartelle voreerst empfohlen wird die Einführung öffentlicher Kartellregister und die Statuierung einer Aufsichtspflicht gegenüber der Staatsverwaltung von seitens der kartellierten Unternehmer, ihrer Organe und Kommissionäre. 2. Der Juristentag erklärt eine Reform der Gesetzgebung über die wirtschaftlichen Korporationen insbesondere die Aktiengesellschaften in der Richtung zur Wünschenswerten, daß der Staatsverwaltung dienende Körperschaften gegenüber die Wahrung öffentlicher Interessen ermöglicht werde.

Landgerichtspräsident Rentwich-Gleitwitz: Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden Ausnahmegeetze bedeuten, man habe aber mit Ausnahmegeetzen bekanntlich stets sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Man dürfe nicht außer acht lassen, daß Kartelle den natürlichen Ausfluß des heutigen Wirtschaftslebens bilden. Es seien ja bereits gegen die Unternehmungskartelle Arbeiterverbände, Konsumvereine gebildet. Man dürfe nicht außer acht lassen, daß die Kartelle sehr wesentlich zur Förderung von Industrie und Handel beitragen. Das vorgeschlagene Register werde seines Erachtens ebenso wenig einen praktischen Nutzen schaffen, wie das Warenregister. Sollten aber die Preisüberwachungen durch die Kartelle nicht bloß vorübergehende, sondern dauernde sein, dann wäre der Staat im volkswirtschaftlichen Interesse verpflichtet, gegen die Kartelle einzuschreiten. Es müßte alsdann auf der Grundlage des Wuchergesetzes gegen die Kartelle mit aller Strenge vorgegangen werden. Sektionschef Eggellen: Dr. Klein-Wien vom österreichischen Justizministerium führte aus: Man sei die Präventivmaßregeln gegen die Presse glücklicherweise geworden, es wäre vollständig verkehrt, nunmehr Präventivmaßnahmen gegen die Industrie schaffen zu wollen. Er halte die Kartelle für eine naturgemäße wirtschaftliche Erscheinung; andererseits könne aber auch die Gesetzgebung die Hände nicht in den Schoß legen. Er sei auch nicht für Ausnahmegeetze. Er wolle Stellung der Kartelle unter das gemeine Recht.

Vom Justizrat Dr. Weit Simon-Berlin war inzwischen folgender Antrag eingegangen: Der Deutsche Juristentag erachtet eine gesetzliche Regelung des Kartellwesens zur Zeit nicht für angebracht. Vom Justizrat Dr. Bohens-Leipzig, Rechtsanwalt am Reichsgericht, wurde beantragt: Es empfiehlt sich überhaupt aber mit Beschränkungen gegenüber solchen Unternehmungen, welche hauptsächlich monopolistischer Natur sind, den Kartellzwang einzuführen.

Landgerichtsrat K u l e m a n n - Drauschnig befürwortet folgende Leitsätze: 1. Das Wesen der Kartelle besteht darin, daß sie durch Ausschluß der Konkurrenz eine Erhöhung der Preise herbeiführen suchen. 2. Dieses Ziel ist grundsätzlich berechtigt und als volkswirtschaftlicher Fortschritt anzusehen; denn höhere Preise sind das einzige Mittel, um zu einer besseren Vergütung der Arbeit, d. h. der Thätigkeit sowohl der Unternehmer als der Arbeiter zu gelangen. 3. Da sämtliche Produzenten zugleich Konsumenten sind, nicht aber umgekehrt, so wird der den Unternehmern und Arbeitern in ihrer Eigenschaft als Produzenten durch die Preissteigerung beschaffte Vorteil durch den sie in ihrer Eigenschaft als Konsumenten treffenden Nachteil freilich zum Teil, aber nicht in vollem Umfange ausgeglichen. Die Bedeutung der durch eine allgemeine Preissteigerung ermöglichten besseren Arbeitsvergütung besteht vielmehr überwiegend in der Verschönerung des Machtverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu Gunsten der letzteren, insbesondere durch Herabsetzung der Kaufkraft des Geldkapitals. 4. Die einzige Gefahr der Kartelle besteht — abgesehen von der Verwerflichkeit einzelner der zuwelfen angezeigten Mittel, gegen welche strafrechtlicher Schutz einzutreten hat, und abgesehen ferner von der Gefahr einseitiger Begünstigung einzelner Produktionszweige, deren Beseitigung durch die gleichartige Organisation der beteiligten Industrien abzuwenden ist, — vor allem darin, daß der durch die Preissteigerung erlangte

Vorteil nicht beiden Faktoren der Arbeit — nämlich Unternehmern und Arbeitern, gleichmäßig zu teil wird, sondern einseitig den ersteren zutrifft. Dadurch wird nicht allein die Lage der Arbeiterklasse, sondern auch die des Mittelstandes beeinträchtigt. 5. Die bisher zur Bekämpfung der Kartelle überlegten vorgeschlagenen Mittel des Civilrechts, des Strafrechts und des Verwaltungsrechts sind nicht allein praktisch unausführbar, sondern auch unberechtigt, da sie grundsätzlich die Unterdrückung oder wenigstens die möglichste Beschränkung des Kartellwesens bezwecken. An Stelle dieser auf den unmittelbaren Eingriff der Staatsgewalt abzielenden mechanischen Mittel ist vielmehr eine auf Erhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts gerichtete und auf die Eigenkraft der Beteiligten gestützte organische Regelung zu empfehlen, die in der Begünstigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter, insbesondere so weit sie auf Erhöhung des Arbeitslohnes gerichtet sind, zu sehen ist. Die gesteigerte Kaufkraft der Arbeiterklasse wird zugleich dem gewerblichen Mittelstande und der Landwirtschaft zu gute kommen.

Justizrat Dr. Bohens-Leipzig führte aus: Wenn man die Kartelle bekämpfen wolle, dann müsse man vollständig realistisch vorgehen. Es entstehe aber die Frage, ob diese Angelegenheit schon spruchreif sei. Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Thunmüller-Wien befürwortet folgenden Antrag: Die Gültigkeit von Kartellverträgen wird anerkannt; wenn dieselben ihrem vollen Inhalte nach in das Kartellregister eingetragen werden. Die Mitglieder eines Kartells, dessen Organe und Kommissionäre sind den staatlichen Aufsichtsorganen gegenüber zur Auskunftserteilung verpflichtet. Die Reform des Gesetzes bezüglich wirtschaftlichen Korporationen ist wünschenswert. Rechtsanwalt Dr. Schoerleppig begründet nachstehenden Antrag: Die Möglichkeit des Nonhurses eines Kartells ist in Prüfung zu ziehen. Diese Möglichkeit läßt erkennen, daß die Staatsaufsicht auch im Interesse der Mitglieder des Kartells liegt. Der Redner begründet seinen Antrag unter Hinweis auf den Treberconcern, der schließlich auch nicht weiter als ein Kartell war und durch welchen ungezählte Millionen verlorengegangen seien. Justizrat Dr. Weit Simon-Berlin: Er müsse mit Entschiedenheit davor warnen, die Vahu der Gesetzgebung zu beschreiten. In Amerika habe man eine Kartellgesetzgebung im größten Stille, und der Erfolg sei der entgegengesetzte. Man brauche nur an die United States Steel Corporation zu denken, die ein Kapital von 5 1/2 Milliarden vertreten. Solche Gesellschaften werden großgezogen durch die Kartellgesetzgebung. Man dürfe doch auch nicht von den Kartellen die Offenlegung von Dingen verlangen, die sich als Geschäftsgeheimnisse darstellen und als solche in der Projektordnung und in dem Gesetz über den unfaulteren Wettbewerb geschützt seien. Die Vorstöße über die Preisfestsetzung durch eine Kommission stelle einen Rückschritt zum kanonischen Recht dar. Er erzeuge, zu beschließen: Der Juristentag erachtet eine gesetzliche Regelung des Kartellwesens zur Zeit als nicht angezeigt.

Rechtsanwalt Dr. Schmalz-Hamburg: Er sei der Meinung, daß diejenigen Industrien, die sich zu Kartellen zusammenschließen, zumeist halb ruinierte Existenzen seien. Er schließe allerdings das Zucker-, das Eisen- und Kohlenkartell davon aus. Bedauerlich sei es nur, daß das Kartellwesen vielfach vom Staate unterstützt werde. Eine Erziehung des Volkes in wirtschaftlicher Beziehung werde bedeutend mehr nützen als gesetzliche Maßnahmen. Privatdozent Dr. Niepmann (Halle a. d. S.) und Generaldirektor Dr. Witta (Neudorf) sprachen gegen gesetzliche Regelung des Kartellwesens. Die Bildung des Kartells sei ein Ausfluß der wirtschaftlichen Not. Dr. jur. Viktor Gracy (Wien) trat für eine gesetzliche Regelung ein. Rechtsanwalt Dr. Ludwig Hlatau (Berlin): Er sei der Meinung, daß die Angelegenheit bereits vollständig geklärt sei. Daß die Kartelle eine öffentliche Skandalität seien, werde doch niemand leugnen. Die öffentliche Meinung verlange die gesetzliche Regelung des Kartellwesens. Professor Dr. Baentig (Münster i. W.) trat ebenfalls für die gesetzliche Regelung des Kartellwesens ein. Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Landesberger (Wien) führte aus: Die Deserterreier haben alle Hochachtung vor der deutschen Industrie. Das Kartellwesen sei aber auch nirgends so ausgebildet wie in Deutschland. Wenn das Kohlenkartell die Preise für Kohlen vorschreibe, dann sei das eine öffentliche Skandalität, gegen die man auf dem Wege der Gesetzgebung vorgehen müsse. Geschäftsgeheimnisse geben die kartellierten Unternehmer durch die ihnen auferlegte Auskunftspflicht nicht preis, denn sie bringen ihre Geschäftsgeheimnisse nicht in das Kartell. Landgerichtspräsident Rentwich (Gleitwitz) bemerkt im Schlußwort: Er sei seit 13 Jahren im Industriegebiet und könne versichern, daß die Publizitätspflicht den Ruin der obersteilischen Industrie zur Folge haben würde.

Nach Ablehnung aller Anträge wurde schließlich nur folgender Antrag des Prof. Dr. Mengel-Wien angenommen: Der Deutsche Juristentag spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß für eine gesetzliche Regelung der Industriekartelle voreerst empfohlen wird die Statuierung einer Aufsichtspflicht gegenüber der Staatsverwaltung von seitens der kartellierten Unternehmer, ihrer Organe und Kommissionäre. — Es wurde beschloßen, die Angelegenheit als Beratungsgegenstand der letzten Vollversammlung zu überweisen und mit der Berichterstattung Prof. Dr. Mengel-Wien zu betrauen.

Die Blüchtung von Duellmördern. Nach dem Pforzheimer Tageblatt wurde am Sonnabend dem Reserveoffiziercorps in Pforzheim ein kaiserlicher Erlaß mitgeteilt, wonach der Rechtsanwält Dr. Franz Kraft in Pforzheim aus dem Offiziercorps ausgeschlossen sei. Dr. Kraft soll deshalb den Abschied erhalten haben, weil er eine Duellforderung eines anderen Anwalts in Pforzheim (Dr. Leopold Chyral Dammert) abgelehnt habe. Das Verwünschung zwischen den beiden Anwälten, das sehr ernstlicher Natur geworden war, soll durch geschäftliche Meinungsverschiedenheiten entstanden sein. Beide Herren sind ihrer politischen Anschauung nach völlig militär- und regierungsfremdlich. Dr. Kraft war bisher Vorstand des Vereins ehemaliger 111er Regimentskameraden und des jungliberalen Vereins.

K. Arbeitswillige und öffentliche Sicherheit. Die Wächner Kleinbahn-Gesellschaft hat während des Ausstandes eine Anzahl Arbeitswilliger eingestellt, ohne daß die Leute genügend vorbereitet waren. Schon während des Ausstandes ereigneten sich infolge dessen Unfälle. Nun aber haben sich die Unfälle so gehäuft, daß man, wie der Wächner Volksfreund schreibt, sich versucht fühlt, eine Chronik anzulegen. Am 5. d. Mts. gab es eine Catastrophe zwischen zwei Motorwagen, an 6. ebenfalls eine mit erheblichen Materialschäden; am nämlichen Tage fand auf der Bursfelder Strecke ein Zusammenstoß mit einem Fuhrwerk statt und in der Dammstraße wurde bei einem Zusammenstoß ein Wagen beschädigt und das Pferd verletzt. Am 7. stießen auf der Saarerer Strecke ein Motorwagen und ein Anhängewagen zusammen. Das ist das Ergebnis von nur drei Tagen.

Eine fast ungläubliche Verhaftungsgeschichte wird dem Karlsruher Volksfreund aus Offenburg berichtet. Am vergangenen Sonntag saßen etliche Arbeiter beim Gase Bier in einem Restaurant. Plötzlich trat ein Schuttmann in das Gastzimmer und forderte einen Arbeiter auf, ihn zu folgen. Da dieser Arbeiter gar keiner Weise Anlaß zu seiner Festnahme gegeben hatte, so wollten zwei Kollegen des von dem Schuttmann hinausgerufenen Arbeiters sehen, was es eigentlich gebe. Im Hausflur stand noch ein Schuttmann. Auf die an die

Schuttmann gerichtete Frage, weshalb der Mann arreliert werde, da er doch nichts verbrochen habe, antwortete der eine Schuttmann: „Dann kommen Sie auch mit!“ Die beiden Arbeiter protestierten dagegen, daß sie wegen ihrer Frage arreliert werden sollten; das nützte aber nichts. Der eine Schuttmann jagte die beiden und zerrte sie auf die Straße. So wurden die drei Arbeiter am Sonntag morgen durch die Stadt auf die Polizeiwache expediert. Unterwegs fiel der eine der Arrestanten infolge des Ziehens und Stößens der Schuttmann auf Pflaster und wurde dann mit Faustschlägen traktiert. Auf der Polizeiwache angekommen, wurden die drei Arbeiter eingesperrt. Derjenige, der auf der Straße mit Faustschlägen traktiert worden war und ganz erschlagen aussah, wurde im Arrest noch an die Fußangel gesetzt. Ein Arbeiter, der bei der Arrelierung im Schilfen zugegen war, eilte auf die Polizei, um zu bezeugen, daß die Leute ohne allen Grund festgenommen worden waren. Er wurde ebenfalls eingesperrt. In essen bekamen die Inhaftierten während des ganzen Sonntags erst nach mehrmaliger Aufforderung für ihr Geld ein Stück Wurst und Brot. Ohne irgend ein Protokoll aufzunehmen oder die Leute einem Verhör zu unterziehen, wurde der eine der Arrestanten am Montag morgen wieder entlassen, der, welcher geschlagen worden war, wurde ins Amtsgefängnis verbracht und den beiden anderen wurde bedeutet, daß der Bürgermeister ihnen je zwei Tage Haft, beginnend am Montag morgen, zubüßet habe. Bei ihrer Entlassung aus der Haft erkundigten sich dann die beiden nach dem Grunde ihrer Verhaftung, worauf ihnen aber eine Auskunft nicht gegeben wurde.

Das Publikum hat ein Interesse daran, vor derartigen Uebergriffen der Schuttmann geschützt zu werden. Darum wurde das Vorkommnis an die Öffentlichkeit gebracht.

Eine Protestversammlung Hamburger Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung hat vorgestern mit großer Entscheidung die jetzt immer häufiger werdenden Mißgriffe der Polizei gegenüber schulpflosen Frauen gebrandmarkt. In einer Resolution wurde konstatiert, daß die Mißgriffe lediglich auf Grundlage des Reichs-Strafgesetzbuchs § 361 Biffer 6 zurückzuführen sind. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit sollten ihre Reichstagsabgeordneten beim Reichstage die Streichung des § 361 Biffer 6 des Reichs-Strafgesetzbuchs beantragen.

Neue politische Nachrichten. Die russische Botschaft in Konstantinopel hat verlangt, daß der Botschafter den Konsul von Mitrovica persönlich in sein Amt einsetzt und ihm dann einen offiziellen Besuch macht. Weitere Genugthuung zu verlangen, behält sich die russische Regierung vor. — In der Kapstadter Parlaments-Sitzung hielt der Abgeordnete Murrman eine heftige Rede gegen die Aufhebung der verfassungsmäßigen Rechte, wobei er starke Angriffe gegen Müller richtete. Minister Sprigg übernahm die Verteidigung Müllers nicht. Es scheint eine Ministerkrise bevorzustehen. — Der Petersburger Regierungsbote veröffentlicht eine Anzahl neuer Bestimmungen, welche Änderungen der für die Studenten geltenden Vorschriften enthalten. Ferner veröffentlicht das Blatt ein Verzeichnis der Strafen, welche den Studenten der Hochschulen, die dem Ministerium der Volksaufklärung unterstellt sind, von dem Disziplinargericht sowie von dem Rektor oder dem Direktor auferlegt werden können.

Spanien.

Die Unruhen in Barcelona.

Aus Madrid erhielt die Frankfurter Zeitung eine Meldung, die mit Entschiedenheit sich dagegen wendet, daß in Barcelona dadurch Arbeiterunruhen entstanden seien, daß die Anarchisten eine Feyer der Ermordung Mac Kintleys planten. Die Lage sei kritisch, weil die Behörden jede und auch die echte Arbeiterbewegung unterdrücken wollen. Gegenwärtig protestieren die spanischen Eisenbahnbefriedigten gegen schlechte Arbeitsbedingungen und es kann einen allgemeinen Streik geben, wenn nicht die Eisenbahnbefriedigten die schlimmsten Beschwerden der Angestellten beseitigen. Die Unterdrückung von Versammlungen der Eisenbahner war der Grund für die Tumulte in Barcelona am letzten Sonntag. Die spanische Regierung censurierte alle Meldungen über die Bewegung.

Nach einer Nachricht vom 11. September hat die Behörde sich in einem Schreiben an den Minister des Innern gewendet, um von diesem die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes zu verlangen. Man erwartet Truppen zur Verstärkung der Gendarmen.

Hierfür Depeschendirektor meldet aus Barcelona untern 12. September: Die Polizei verhaftete eine Anzahl Anarchisten, die beschuldigt sind, ein Komplott organisiert zu haben.

Frankreich.

Der bretonische Ausstand in zweiter Auflage.

10. Die Bauern der Bretagne geben sich noch immer nicht zufrieden, und wenn die Regierung nicht ganz energisch eingreift, wird bald eine zweite Auflage der August-Revolution zu verzeichnen sein. In Saint Mées, Lesneven und Landerneau sind die Siegel wieder abgerissen; in Landerneau haben die „Weißen Schwestern“ das Pensionat Saint Julien wieder bezogen und die Bauern haben beschloßen, wiederum auf Wache vor dasselbe zu ziehen. Beim ersten Signal, das gegeben wird, wollen sie wieder, wie am 6. August, sich zum Widerstand sammeln. Anfang dieser Woche begab sich der Regierungskommissar Woerdin, nach Saint Mées, um die Siegel wieder anzuhängen; dabei teilte er den Bewohnern mit, daß, wenn die Siegel wieder entfernt würden, er dieselben durch Truppen werde bewachen lassen.

Die Frömmigkeit und Nützlichkeit der bretonischen Bauern wird von den Geistlichen in der schamlosesten Weise und mit den demagogischsten Mitteln benützt, um der Durchfuhr der Gesetze Schwierigkeiten zu bereiten. Am vergangenen Sonntag wurde bei Lesneven auf offenem Felde die Messe gelesen; gegen 300 Geistliche der Umgegend waren erschienen und eine enorme Menschenmenge wohnte derselben bei. Ein Brester Priester hielt eine zum Widerstand aufreizende Rede:

„Söhne der Revolution! Immer bereit, die Religion zu verteidigen, haben die Bretoner gezeigt, daß sie Blut in den Adern haben. Man hat gesagt, daß wir vor allem Franzosen sein müßten, ehe wir Christen sind. Glauben die Freimaurer, daß wir in diesem Lande der Mätrosen und Soldaten Gott aus den Schulen bezogen und die Priester auf das Schaffot schieden lassen? Niemals werden wir solche Franzosen sein. Wieder die Ketten und das Gefängnis, lieber den Tod.“

Der Bischof von Brezt war anwesend und sekundierte dem Redner. Schlimmer kann man wohl kaum den religiösen Fanatismus der Bauern ansprechen. Glücklicherweise sind die Gendarmen und das Militär gegenüber den verhetzten Bauern so äusserst nachsichtig, wie man nur wünschen könnte, daß sie es ruhig streikenden Arbeitern gegenüber wären, andernfalls wäre es längst zu ernstlichen Kämpfen gekommen.

Hierzu zwei Beilagen und die Romanbeilage.

Arbeiter, Parteigenossen!

Sonntag den 14. September vormittags 1/2 11 Uhr

Grosse Volksversammlung im Pantheon, Dresdener Strasse.

Tages-Ordnung:

1. Die Zustände in den Kulmbacher Brauereien.
2. Diskussion hierzu.

Morgen findet in allen Stadtteilen die Verbreitung eines diesbezüglichen Flugblattes statt, auf welches hierdurch besonders aufmerksam gemacht wird.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Bund der Arbeiter-Vereine.

Arbeiterverein Leipzig.
Vereinslokal: Reichenstr. 8, Mittelgeb. II.
Sonntag den 13. September
abends 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
Die wirtschaftliche Einrichtung des Arbeitervereins. Nachdem Diskussion.
Sonntag den 14. September
nachmittags 2 1/2 Uhr

**Theateraufführung im Alten Theater
Der Erbförster.**
Nach dem Theater ist das Vereinslokal
geöffnet.
8206] Der Vorstand.

**Arb.-Verein Thonberg-
Neureuditz.**
Sonntag den 13. Septbr. abends 9 Uhr

**Versammlung
im Gasthof Neureuditz.**
T.-D.: 1. Vorlesung, 2. Diskussion,
3. Vereins-Angelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet
8204] Der Vorstand.

Arbeiterverein Dölitz.
Sonntag den 13. Septbr. abends 8 Uhr

Familienabend mit Ball.
Alle Mitglieder sowie deren Angehörige
sind freundlichst eingeladen.
8203] Der Vorstand.

Konsum-Verein für Dölitz u. Umg. E. G. m. beschr. H.

Sonntag den 21. September nachmittags 3 Uhr
General-Versammlung
im Gasthof zu Crostewitz.

- Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht über das verfloffene Geschäftsjahr.
 2. Beschlussfassung wegen Verteilung des Reingewinns.
 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
 4. Anträge der Mitglieder nach § 13 des Statuts.
 5. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats und Wahl von drei Erfahrmännern zu demselben.

Zum Eintritt berechtigt nur die Mitgliedskarte.
Der Vorstand:
8183] Carl Gehrmann, Oscar Geldel.

Centralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Sonntag den 14. September nachmittags 1/4 4 Uhr
Oeffentliche Mitglieder-Versammlung
in Stadt Hannover, Seeburgstrasse.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Sommerertrügen. 2. Gewerkschaftliches. — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig.
8197] Das Agitationskomitee.

Cementarbeiter.

Sonntag den 13. September abends 9 Uhr
Oeffentliche Versammlung
in Stadt Gotha, Große Fleischer-Gasse.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Es ist jedes Kollegen Pflicht, zu erscheinen.
D. V.

Sonntag den 13. September abends 1/2 9 Uhr
Oeffentliche

Arbeiter- u. Arbeiterinnen-Versammlung
im Landhaus zu Stünz (Inh. Paasch).

Tagesordnung: Die jetzige Geschäftslage und die ungelerten Arbeiter.
8198] D. E.

**Freie Unterstützungskasse für Freunde u. Anhänger
des Naturheilverfahrens.**
Zahlstelle 3. Leipzig-West. Sitz Chemnitz.

Sonntag den 20. September 1902
Grosses Herbstfest
(zum Besten kranker angestrueter Mitglieder)
im Felsenkeller, L.-Plagwitz

Bestehend in Konzert, dramatischen Aufführungen, Tombola und Ball,
Einlass 7 Uhr. Anfang punkt 8 Uhr.

Programme à 20 Pfg. sind zu haben im Büffet des Felsenkellers, im Verkehrslokal Holzerner Schimmel und bei sämtlichen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen. An der Kasse 30 Pfg.
8200] Es ladet freundschaft ein Die örtliche Verwaltung.

Allg. Arb.-Radfahrer-Verein Leipzig.
Sonntag, 14. Septbr., nach Delitzsch. Abfahrt früh 6 Uhr Bismarckplatz.

Radfahrerverein Frisch Auf L.-West (Solidarität.)
Sonntag, 14. Septbr., nach Eilenburg. Abfahrt früh 6 Uhr Markt Lindenau.

Verantwortlicher Redakteur: August Lüttich in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Hain-Str. 19 Kaiser-Keller Fr. Hornig.

Schenswertes Kulmbacher Bierlokal I. Ranges.
Reichhaltige der Saison entsprechende Speisekarte zu kleinen Preisen.
Hochfeines Rizzibier.

Telephon 5153. Telephon 5153.

Gasthaus Stadt Gotha

Große Fleischer-Gasse 14.
Empfehle den geehrten Vereinen, Gesellschaften und Gewerkschaften meine
freundlichen bis zu 150 Personen fassenden Lokalitäten zur gefl. Benutzung.
ff. Getränke. Gute saubere Betten zu mässigen Preisen. Gute Küche.
Morgen Sonnabend Schinken in Brotteig und Speckfäden.
6078] Hochachtungsvoll Rich. Beyer.

Coburger Hof.

Teleph. I, 488. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 488.
Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfehle meine Lokalitäten
zur gefälligen Benutzung. Feine Asphalt-Regelbahn. Billard.
Empfehle meinen guten preiswerten Mittagstisch inkl. Bier 40 Pfg.
Stamm zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise.
50 gute Betten zu soliden Preisen. 7026

Sonntag humoristischer Familienabend.
Hochachtungsvoll Kannegiesser.

Restaurant Körnerschlösschen Körner-
strasse 36.
Empfehle ff. Biere, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonnabend
Schweinefleisch. 1814] Achtungsvoll Alfred Dietze.

**Hotel Stadt Magdeburg, Gerber-
str. 56.**
Neue Bewirtschaftung.
Bellebtestes Verkehrslokal. — Hochfeine Speisen u. Getränke.
Reichhaltige Stammkarte.
Täglich Unterhaltungsmusik.
7221] Hochachtungsvoll Hermann Schulz.

Johannisburg Neue
Bewirtschaftung
Johannisgasse 30
Max Hertel
hält seine schönen Lokalitäten zur fleißigen Benutzung bestens empfohlen. Warme
Milch von früh 8 Uhr an bis Schluß des Lokals. ff. Getränke. 7372
Es ladet ergebenst ein Max Hertel, früher Roter Tisch.

Bürgergarten Brüderstr. No. 11
(Inh.: Max Trentö)
empfehle vorzügl. Mittagstisch. Gesellschaftssaal
ff. Lager- und Bayerisch Bier, Döllnitzer Gose etc.
Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapezierer.

Thüringer Hof, Volkmarisdorf. Konzert- u.
Ball-Haus.
Morgen Sonnabend abends von 8 Uhr an
Grosses humorist. Konzert
vom Leipziger Fortuna-Trio, Herren Sachs, Jenisch und Jahn.
Einlass 7 Uhr. — Entree 15 Pfg. Jeden Sonntag
von 11-1 Uhr Frühschoppen-Konzert und nachmittags von 4 Uhr an
Grosse öffentliche Ballmusik.
Hierzu ladet ergebenst ein 8192] B. Grau.

Vockes Restaurant, Plagwitz
Merseburger u. Weissenföser Strassen-Ecke 32
empf. seine Lokalitäten, Speisen u. Getränke hochfein. Sonnabends Schweine-
fleisch. Sonntags Speckfäden. Karl Zeldner gen. Voelke.
Verkehrslokal der Zimmerer Leipzig-West. 2155

Zwei Linden, Leipzig-Lindenau.
Vereinslokal
des Volksvereins Plagwitz-Lindenau.
Empfehle meine freundl. Lokalitäten, der Freizeit entsprechenden
Guten bürgerlichen Mittagstisch. 2965] Achtungsvoll H. Weiske.

Restaurant Vater Jahn, Lindenau
Ecke Merseburger- und Gemeindestrasse.
Bringe meine neuen Lokalitäten in freundliche Erinnerung. Empfehle
bekanntes ff. Naumannsches Lager sowie kräftigen Mittag- und Abendstisch.
6092] Achtungsvoll Albert Pulter.

Sächsisches Haus Lindenau
Karl Heine-Strasse
vis-à-vis dem Depot.
Aufmerksame Bedienung. — ff. Speisen u. Getränke.
Um gütigen Zuspruch bittet. 3393] Joh. Sanow.

Amsel
L.-Gohlis
Möckernsack Strasse 2
Breitenfelder Strasse.
Empfehle meine freundlichen
Lokalitäten. Mittagstisch, ff.
Böhmener Lagerbier, Döll-
nitzer Gose, Feigbrän. Jeden
Sonnabend Schweinefleisch
und Speckfäden.
Hermann Schlegel.

Vier Linden
Markranstädt.
Freundliche Lokalitäten,
staubfreier Garten, Asphalt-
Regelbahn, franz. Billard.
ff. Speisen und Getränke.
Mit Gruss Wilh. Rüge.

Sommerfeld-Engelsdorf.
Freunde und Bekannte mache darauf aufmerksam, daß ich in Sommerfeld,
Wiesenstrasse 5, eine
Kleinvieh-Schlächtereier sowie ein Landesprodukten-Geschäft
aufgemacht habe und empfehle ff. Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Tages-
preisen, zugleich aufmerksamste Bedienung zusichernd.
8189] Um zahlreichen Zuspruch bittend, zeichnet ergebenst
Gustav Teichmann, Fleischer.

Volksverein f. Plagwitz-Lindenau
Vereinslokal: Zwei Linden, Lindenau
Karl Heine-Str. 70.
Sonntag den 13. September
abends 9 Uhr

Diskussions-Abend.
Tagesordnung:
1. Einleitender Vortrag über: Die
Genossenschaftsbewegung.
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.
Sonntag den 14. September

Ausflug nach Schönau.
Abmarsch 2 Uhr nachm. vom Vereinslokal.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
8207] Der Vorstand.

Das am 11. August letztmlich zu viel
erhöbete Fahrgeld wird Sonntag
im Vereinslokal zurückgezahlt.

Donnerstag den 25. September
Grosser Recitations-Abend
im großen Saale
des Schloß Lindenfeld.

Vorträge aus Reuters Werken
von Herrn Gust. Becker, Recitator
und Reuters-Darsteller aus Hamburg.
**Fortbildungs-Verein
L.-West.**
(Eig. L.-Kleinzschocher.)
Sonntag den 13. Sept. abends 1/2 9 Uhr
im Bürgergarten

Versammlung.
1. Vortrag: Die volksschädlichen
Wirkungen der Lebensmittelmittel.
Referent: Genosse D. Pollender.
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
8202] Der Vorstand.

Arbeiter-Verein Leutzsch.
(Vereinslokal: Restaur. Adler.)
Sonntag den 13. Sept. abends 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Gemeindefeiert.
2. Diskussion hierzu.
3. Verschiedenes und Fragelasten.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen
erwartet
8205] Der Vorstand.

Deutsch-Katholische Gemeinde.
(Freiwilligs.) 8201
Sonntag den 14. Sept. vorm. 10 Uhr
in der vorrnaligen I. Bürgerschule: Er-
bauung. Prediger Klippenborger.

Buchbinderarbeiten
werden sauber und billig ausgeführt.
Annahme von Drucksachen aller Art.
Friedr. Müller
Gerberstr. 26 Leipzig Gerberstr. 26.
Buchbinderei u. Schreibwarenhandlung.

L.-Kleinzschocher
54 Plagwitz Str. 54
Billigste Einkaufsstelle
für
Herren- u. Damengarderobe
sowie Schuhwaren,
Benno Lobatz.
Monatsgarderobe.
Neue u. wenig getragene Anzüge, Herbs-
u. Winter-Paletots, Fracks u. Gesellschafts-
Anzüge, Joppen u. Mäntel in verschied.
Sorten und Preislagen, sowie auch lei-
weise bei reeller Bedienung. 8351

M. Kindermann
1. Geschäft: Kleine Fleischer-Gasse 16, I.
Achtung!
Neue und getragene Herren-,
Damen- und Kinder-Anzüge sow. alle
Art Wäsche, Schuhe, Stiefel u. Hüten
kauft man gut und billig bei Max
Janghans, Ecke Thals- u. Seeburgstr.



Frankreich.

Zur Schulfrage.

Von mehreren oppositionellen Blättern wird gemeldet, der Staatsrat habe entschieden, daß ihm die Regierung nur die Gesuche solcher Kongregationen vorzulegen habe, denen sie die Genehmigung zu erteilen beabsichtige.

Rußland.

Die Revolutionierung der Bauern.

Der Gouverneur des Gouvernements Saratow erließ im Monat Juni an die ihm unterstellten Behörden ein geheimes Rundschreiben über die Notwendigkeit einer Verschärfung der Mittel zur Unterdrückung der Bauernbewegung.

Kizular des Ministers des Innern, Das Polizeidepartement.

21. Mai 1902. Nr. 6506. (Geheimkizular.)

An die Herren Gouverneure! In Anbetracht dessen, daß in letzter Zeit in einigen südlichen und südwestlichen Gouvernements Bauernunruhen stattgefunden haben, die nicht selten von bewaffneten Überfällen auf Domänen und Güter begleitet gewesen sind, hat der Minister des Innern den Gouverneuren am 15. Juni 1900, unter Nr. 4804, Hinweise über die Frage gegeben, welche Mittel zur Vorbeugung und Unterdrückung aller gewaltthätigen Handlungen, die von der Landbevölkerung ausgehen, in Anwendung zu bringen sind.

Außerdem ist den Herren Gouverneuren durch das Rundschreiben vom 6. Juni und 1. August 1900 auf eine der Hauptursachen der Bauernunruhen hingewiesen worden: auf das Bestehen einer Gruppe von Menschen, die sich Sozialrevolutionäre nennen, sich jeden bequemen Falles zu bedienen, bei dem sie die Bauern über ihre verbrecherischen Taten unterrichten können, wobei sie den Zweck verfolgen, aus dem am stärksten entwickelten Teil der Landbevölkerung bewußte Anhänger für die regierungseindliche Tätigkeit heranzubilden.

Die in den bezeichneten Rundschreiben empfohlenen Mittel zur Beaufsichtigung der Stimmung der Landbevölkerung und der in den betreffenden Gouvernements lebenden unzuverlässigen Elemente sind augenscheinlich nicht überall mit der nötigen Sorgfalt angewendet worden, die Behörden sind nicht rechtzeitig über die Stimmung der Bauern unterrichtet gewesen.

In Erwägung, daß die Bauernunruhen in keinem Fall gehuldet werden, weil sie das geregelte Fließen des Lebens der Landbevölkerung bedrohen, finde ich für angebracht, die Aufmerksamkeit der Herren Gouverneure auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß die in den obenbezeichneten Rundschreiben gemachten Bestimmungen unweigerlich zu erfüllen sind.

Ich halte auch nicht für überflüssig, den Herren Chefs der Gouvernements zur Kenntnis zu bringen, daß das Ministerium des Innern in der letzten Zeit Nachrichten erhalten hat, wonach schleichweise Leute beabsichtigen, unter den Bauern Propagandaverine zu gründen.

Kleine Chronik.

Leipzig, 12. September.

Theaternachrichten. Neues Theater. Sonnabend: Die Jugenden. (Valentine: Fr. Jenny Korb von der L. K. Hofoper in Wien; Margarete: Fr. Hedwig Schröder vom Stadttheater in Basel, als Gäste auf Engagements.) Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor. — Altes Theater. Sonnabend zum erstenmal: Der Geierhals, ein bürgerliches Drama in 5 Akten von Joseph Lauff.

Leipziger Schauspielhaus. Die Wiederholung der Eröffnungs-vorstellung, die am Freitag stattfand, beginnt um 7 Uhr. Am Sonnabend ist die erste Wiederholung von Dreyers Probefandbat, und am Sonntag den 14. September geht zum erstenmal Lisotti, historisches Lustspiel von H. Stodter, in Scene.

Neues Theater. Oberon, König der Elfen. Romantische Oper von R. W. v. Weber. — Das letzte große Werk von R. W. v. Weber erfordert, da das musikalische Element in dieser Oper ziemlich stark zurücktritt, weniger bedeutende Darsteller als vielmehr tüchtige Sänger. In dieser Hinsicht war die gestrige Aufführung des Oberon nur teilweise befriedigend.

Bauern die entwickeltesten, begabtesten und energischsten herausgehoben, es werden ihnen verschiedene wissenschaftliche Kenntnisse beigebracht, hauptsächlich aus der Geschichte, Zoologie und der Arbeiterbewegung.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, wie schädlich es ist, wenn Schriften der unterirdischen Literatur in das Volk dringen, es muß aber in Betracht gezogen werden, daß auch die Verteilung von Büchern ganz legalen Charakters unter der Landbevölkerung verdächtigen Personen Gelegenheit giebt, mit dem Volk in enge Beziehungen zu treten.

Die durch die Propaganda herangebildeten Mitglieder der Cirkel erscheinen ihrerseits wiederum als Propagandisten unter ihren Dorfgemeinden und auf diese Art und Weise legt ein Verein solcher Bauern, indem er neue und immer wieder neue Mitglieder heranzieht, das Fundament zu dem zukünftigen „Kampfbund der Bauern“.

Unterzeichnet: Minister des Innern Staatssekretär Plehwe. Gegenunterschrift: A. B. des Direktors des Departements: Lopuchin.

Nordamerika.

Vom Marinemänner.

Die Pankees erleben bei ihrem diesjährigen Flottenmanöver mancherlei Ueberraschungen. Erst mußte eine Generalpause eintreten, weil die Willardfamilie Wandbild ein Kriegsschiff zu inspizieren geruhte.

Der VII. Parteitag der Sozialisten Italiens.

Aus Imola wird uns untern 9. September geschrieben: Nach vierstägigen Verhandlungen wurde heute abend der Parteitag der italienischen Sozialisten geschlossen.

Seit Monaten ist die italienische Parteipresse und die Zeitschriften von der Diskussion der sogenannten „zwei Tendenzen“ innerhalb der Partei erfüllt worden.

nisten, haben aber mit ihnen das eine und charakteristische gemein: die weniger scharfe Kampfstellung gegenüber dem linken Flügel der Bourgeoisie, die Hoffnung, durch gemeinsame Aktion mit dieser den Zielen des Sozialismus näher kommen zu können.

Ueber diese Frage der zwei Tendenzen, die für die Stellung zu vielen praktischen Fragen eminent wichtig war, hat man drei ganze Tage diskutiert. Man könnte versucht sein, über die Debatte einen schlechten Witz zu machen und zu sagen, daß sie nach der Disposition jenes Pflanzers geordnet wäre, der seine Pflanzt über den Bienenkorb von dem Wind so einstellt, erstens, von wannen er kommt, zweitens, wohin er fährt, drittens, daß man beides nicht weiß.

Die Reformisten, die zu ihren Vorführern am zweiten Verhandlungstage Ghisa, Treves und Turati ernannt hatten und deren Standpunkt von dem Referenten Bonomi vertreten wurde, haben beständig darzulegen versucht, daß zwei Tendenzen innerhalb der Partei nicht beständen.

Die Reformisten erklärten während dieser Debatte, sie vertreteten die Stellung der Parlamentarierfraktion dem Ministerium gegenüber, weil ihnen vor allem an dem Einem liege: dem Lande und dem Proletariat eine, wenn auch nur relative Freiheit zu sichern, damit sich zunächst die Arbeiter gewerkschaftlich organisieren, besseren Lohn, höhere Lebenshaltung erlangen könnten.

Demgegenüber machten die Intransigenten durch ihre Redner, Rigola, Labriola, Ferri und den Korreferenten Solbi geltend, daß sie durchaus nicht den Wert der Gewerkschaftsorganisation verneinten, noch es je an Tätigkeit für sie hätten fehlen lassen.

Labriola steht in dieser Debatte etwas abseits, obwohl er zum Wortführer der Intransigenten gewählt wurde. Er bekämpft die Reformen, wie man sie bisher angestrebt, nicht bloß wegen der Unmöglichkeit des bis jetzt Erreichten, sondern auch wegen ihres Mangels an principiellem Gehalt.

all ihren charakteristischen Schwächen und Feigheiten vor und darum gehört es mangels besserer Stücke auf die Bretter und über, gleich Flachsmann als Erzähler, nie seine Wirkung verfehlen, wenn die Darstellung amähernd so gut ist, wie die, welche uns das Schauspielhaus bot.

nehmen, daß es möglich sei, eine Gesellschaft aufzuheben mit den Mitteln, die die Gesellschaft derselben Gesellschaft usw. läßt.
Dies sind die wesentlichen Grundgedanken, die seit Sonnabend während der Debatte, an deren Schluß sich vier Tagesordnungen gegenüberstanden, von denen nur die beiden Extreme zur Abstimmung gelangten. (Wir haben die beiden Resolutionen und das Einmündungsverhältnis, womit die Resolution der Reformisten angenommen wurde, bereits gestern mitgeteilt.)

Der Parteitag trat dann in den Teil der Tagesordnung ein, mit dem andere Parteitage ihre Arbeit beginnen. Es läßt sich aber nicht in Abrede stellen, daß alle die heute, also am letzten Tage verhandelten Themata nicht zu ihrem Rechte gekommen sind, sondern verflücht und in größter Eile abgewickelt wurden. Geringer ist der Schaden dieses Vorgehens dadurch, daß die Referate über alle Punkte seit Wochen im Druck vorliegen und von den einzelnen Parteilektionen meist schon gründlich diskutiert worden waren, sowohl in Versammlungen als in der Presse.

Von der Parteileitung liegen zwei Berichte vor: In dem ersten berichtet Andrea Costa über die Sitzungen des Parteivorstandes und der in ihnen gefassten Beschlüsse. In dem zweiten berichtet Alessandri, der Sekretär der administrativen Sektion über die numerische und finanzielle Entwicklung der Partei seit dem letzten Parteitag. Wir entnehmen dem auf dem Kongress faum diskutierten Referat einige Daten. Am 31. Juli dieses Jahres gab es in Italien und im Auslande 51415 in Parteioffizialen eingeschriebene Genossen, die 1336 Abteilungen oder Sektionen des Partito socialista italiano bilden. 40 Abteilungen befinden sich im Auslande mit 1703 Mitgliedern, 1 in Deutschland, 1 in England, 9 in Frankreich und 39 in der Schweiz. Einen Begriff von dem Fortschritt der Partei geben folgende Zahlen: 1895 zählte sie 19121, 1897 27821 Mitglieder; unter den Verfolgungen unter Pelloux und Rubini sank ihre Zahl auf 19104 im Jahre 1900 und stieg dann wieder auf die heutige Zahl von 51415. Was die Parteipresse betrifft, so hat die Partei eine Tageszeitung, den römischen Quotidiano, und 93 Wochenzeitungen. Der Kassenericht vom 1. September 1900 bis zum 31. Juli 1902 ergiebt für die Zentralkasse der Partei 33045 Lire an Einnahmen und 28330 an Ausgaben. Die für deutsche Verhältnisse ungemein geringe Summe erklärt sich einmal durch die wirtschaftlich ungünstige Lage des Landes, dann durch die größere Dezentralisierung der Funktionen in der italienischen Partei. In Italien werden die Agitationskosten von den Abteilungen getragen, die Diäten an die Deputierten, die solche beanspruchen, meist von den einzelnen Wahlkreisen bezahlt. Ausgegeben wurden von der Parteileitung für die Parlamentsfraktion 5252 Lire, für das politische Sekretariat — der Sekretär Andrea Costa erhielt 180 Lire monatlich — 3960, für das wirtschaftliche Sekretariat — Sekretär Barzani mit 200 Lire — 2450 Lire, für das administrative Sekretariat — Alessandri mit 140 Lire — 2088 Lire, wobei auch Nebenausgaben einbezogen sind. Die Reiseentschädigungen für die Sitzungen des Parteivorstandes betragen 1864 Lire, die Postkosten 1055 Lire u. s. w. Die seit wenigen Monaten bestehende Parteibuchhandlung mit Verlag gab bei 15 276 Lire Einnahme einen Reinertrag von 1481 Lire.

Der Bericht der Parlamentsfraktion, den Andrea Costa in zwei gedruckten Referaten gegeben hatte, kam gar nicht zur Diskussion. In ihm wird die Tätigkeit der 30 Abgeordneten der Partei innerhalb und außerhalb des Parlaments dargelegt.

Über die politische Organisation der Partei referiert Giovanni Verba, der in seinem Referat dargelegt hat, daß die geringe Verfolgung der Sozialisten durch die Regierung heute viele Elemente veranlasse, sich der Partei anzuschließen — die ja auch vielerlei kleine Anstellungen zu vergeben hätte — ohne daß alle der Reueintretenden sozialistische Überzeugungen hätten und dem wahren Interesse der Partei zu dienen vermöchten. Referent schlägt daher vor, der Parteileitung das Recht zu geben, einzelne Sektionen aufzulösen im Falle erster Abweichungen persönlicher oder prinzipieller Art von den Grundprinzipien der Partei. Er schlägt die Einsetzung von Vertrauensmännern vor, die von den föderierten Abteilungen gewählt werden, um in der lokalen Partei die Aufnahme neuer Genossen zu überwachen und gleichzeitig den Verkehr zwischen der lokalen Organisation und der Parteileitung zu vermitteln. Verba beantragt ferner, daß die Parteileitung dem Centralorgan wie der Fraktion gegenüber das Recht der Kontrolle haben solle. Turati reicht darauf eine Tagesordnung ein, die den Parteitag auffordert, das Referat Verbas in seinen Einzelheiten und in seinen Grundgedanken abzulehnen, die Parteileitung abzuschaffen und den Parteimitgliedern volle Freiheit zu gewähren, sich in den verschiedensten Weisen zu organisieren und zusammenzuschließen. Die Wahl der drei Parteileitenden will Turati einer aus Pronzolini, Bissolati, Murialdi, Veresi und Bizzani bestehenden Kommission überweisen. Diese Vorschläge rufen einen wahren Tumult hervor, da einmal die vorgeschlagene Kommission nur aus den wichtigsten Reformisten besteht und dann die völlige Autonomie der einzelnen Gruppen, nach der eine beliebige Zahl von Parteioffizialen an einem Orte möglich ist, von vielen als Auflösung jeder Organisation der Partei angesehen wird. Der Parteitag beschließt, zuerst über den Vorschlag der Abschaffung des Parteivorstandes, dann über den Rest der Tagesordnung Turati abzustimmen. Jeder Delegierte gibt seine Delegiertenkarte ab, auf der linken Seite des Präsidententisches für die Aufrechterhaltung, auf der rechten gegen diese. Da ein bedeutender Teil der Delegierten schon abgereist ist — der Parteitag war nur auf drei Tage einberufen worden — stimmen nur 452. Das mit angstvoller Spannung erwartete Resultat ergiebt Stimmengleichheit: 226 gegen 226. Turati zieht darauf seine Tagesordnung zurück und tritt der Tagesordnung Ferri, Solbi, Verba bei, die auf Grund der Stimmengleichheit ergebende Abstimmung die Vebehaltung der alten Parteileitung festsetzt und eine Kommission beauftragt, Vorschläge über technische Verbesserungen und über die Mitglieder des Parteivorstandes zu machen. Die erwähnte Kommission schlägt in der Nachmittags-sitzung am vierten Tage vor, die drei Sekretäre außerhalb des

Parteivorstandes zu wählen und bezeichnet als Mitglieder dieses Vorstandes folgende Genossen, von denen die ersten fünf Abgeordnete sind: Veresi, Turati, Costa, Ferri, Ghisla, Bocconi, Barzagni, Longobardi, Solbi, Bizzani, sowie den Chefredakteur des Quotidiano. Die Vorschläge werden durch Acclamation angenommen und der neuen Parteileitung die wegen Zeitmangels vom Parteitag unterlassene Ausarbeitung eines Organisationsstatuts aufgetragen.

Man geht dann zur Diskussion über das Centralorgan, den Quotidiano, über, gegen dessen prinzipielle Haltung und technische Ausführung viele Einwände erhoben werden. Ein Teil der Delegierten wirft dem Blatte vor, sich allein zum Wortführer der reformistischen Richtung gemacht zu haben und in unbilliger und ungerechter Weise den Genossen der intransigenten Richtung gegenüberzutreten zu sein. Auch macht man ihm einen ungemein gehässigen Ton bei den Polemiken innerhalb der Partei zum Vorwurf. Seine technische Gestaltung wird kritisiert, sie mache das Blatt uninteressant, da ihm ein großer Teil wichtiger Nachrichten fehle; die Zeitung sei für die Arbeiter schwer verständlich; es fehle ihm an Propagandaartikeln u. s. w. Wie die Angreifer, so fehlten dem Quotidiano auch die Verteidiger nicht. Der Vorwurf der Ungerechtigkeit und der Bevorzugung einer Tendenz der anderen gegenüber wird zurückgewiesen. Wenn Bissolati der Zeitung den Stempel seiner Persönlichkeit aufdrücke, so sei das sein gutes Recht. Die technische Unzulänglichkeit sei durch den Mangel an Mitteln und den Mangel an Raum bedingt. Die Zeitung legt nicht 8000 Exemplare auf, ist daher finanziell sehr beschränkt. Da sie zahlreiche Parteinachrichten aus allen Landesstellen zu bringen habe und die großen Fragen des Parteilebens beleuchten soll, muß vieles weggelassen, was in anderen Zeitungen steht. Der Quotidiano sei stets das Banner der sozialistischen Prinzipien hochgehalten, sei in der journalistischen und politischen Welt Italiens angesehen und beachtet, sei eine mächtige Waffe in unserem Kampf. Bissolati selbst erklärt, er hätte gegeben, was er hätte, sich selbst. Seine persönliche Ansicht zu verlegen, könne niemand von ihm verlangen. Dede sie sich mit der Mehrheit der Partei, so möge man ihm befähigen, wenn nicht, einen anderen an seine Stelle rufen. In ihm wäre es nicht, sein Wert zu verteidigen. Ein begünstigter Befall übertrüge die Schlussworte seiner Rede. Der Parteitag nimmt darauf mit etwa dreifünftel Mehrheit eine Tagesordnung an, die die Stellung des Quotidiano in der Vergangenheit billigt und Bissolati das Vertrauen der Genossen ausdrückt.

Wir sind so am Abend des letzten Verhandlungstages angelangt. Zu erledigen wären noch folgende Punkte: Die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften, a) industrielles Proletariat, b) Landarbeiter; soziale Gesetzgebung; Stellungnahme der Partei zu dem Eisenbahnproblem, unter welchem Punkte man über die Frage diskutieren hätte, ob bei dem bevorstehenden Verfalltermin der Pachtverträge der Bahngesellschaften die Sozialisten für die Erneuerung der Verträge mit Privatgesellschaften oder für die Verstaatlichung des Betriebes eintreten sollen. Alle diese Fragen kommen nicht zu ihrem Recht und der Kongress beschließt, dem Parteivorstand zur Pflicht zu machen, sie durch Einbindung von Rednern in den einzelnen Parteioffizialen zur Diskussion zu bringen.

Aber eine wichtige und leider allzu bringende Angelegenheit beschäftigt den Kongress noch. Es handelt sich um die Arbeitslosigkeit der ländlichen Bevölkerung, namentlich in den südlichen Provinzen, die zu blutigen Konflikten zu führen droht. Die auf dem Kongress als Delegierte anwesenden Landarbeiter, sowie einige der Führer ihrer Bewegung haben heute nachmittags eine Sitzung abgehalten und schlagen dem Parteitag vor, es den sozialistischen Abgeordneten im Parlament zur Pflicht zu machen, sofort all ihren Einfluß aufzubieten, um das Ministerium zur sofortigen Maßnahme zu zwingen. Ich habe, sagt Lucchi, die dem Ministerium feindliche Politik beibehalten; wenn es aber in diesem furchtbaren Augenblick, wo die Hungerrevolte eines nach Hunderttausenden zählenden Proletariats droht, nichts zu thun weiß, um das Schlimmste abzuwenden, so werde ich der erste sein, der sagt, es möge das Ministerium zum Teufel gehen! Der Vorschlag wird einstimmig angenommen. Während ich schreibe, trifft ein Telegramm aus Foggia in Süditalien ein, das von einem vor wenigen Stunden erfolgten Konflikt zwischen Politikern und hungernden Landarbeitern meldet. Die verzwiefelte Menge hat die Polizei angegriffen und sie zum Feuer genötigt. 5 Landarbeiter sind tot und 11 verwundet. Wir werden sehen, was das Ministerium zu thun gedenkt.

Nach Erledigung mehrerer anderer Vorschläge von geringerer Bedeutung ergreift Turati, dann Costa und Ferri das Wort, um vor der Auflösung des Parteitages Imola, der kleinen sozialistischen Stadt, deren Stadtverwaltung in Händen unserer Parteigenossen liegt und die uns allen so gastfrei war, einen Gruß zu senden, um die neugeschweifte Einheit unserer Partei zu feiern und unseren ältesten Führer, dem unvergleichlichen Präsidenten der städtischen Verhandlungen, Andrea Costa, den Dank aller Genossen auszusprechen. Der Parteitag wurde darauf um 8 Uhr abends unter dem Ruf geschlossen: Es lebe Imola, es lebe Costa, es lebe der Sozialismus!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. September.

Ein starkes Bild wird mit einer Annonce geleistet, die sich in den heutigen Morgenblättern vorfindet und die durch das Annoncenbureau von Haafenstein u. Vogler auch der Leipziger Volkszeitung zum Abdruck übermittelt worden ist. Sie lautet:

Zur Klärung!

Infolge des Zusammenstürzes eines Teiles des Innengerüstes beim Neubau des Wasserturmes ist die Gemeinde Schönefeld über die Baufirma Hofmann u. Heber von einzelnen Personen recht böswillig der Stab gebrochen worden. Einestheils infolge Unkenntnis, aber auch wider besseres Wissen ist versucht worden, den guten Ruf der betreffenden Firma herabzuwürdigen.

Demgegenüber erklären wir, die wir doch am besten darüber urteilen können, daß die Firma eine der solidesten am Platze ist. Stets wurden wir zu guter und sauberer Arbeit angehalten, woraus natürlich hervorgeht, daß bei uns das sogenannte Treibsystem nicht existiert. Wir haben dagegen hervor, daß die beiden Meister stets freundlich im Umgang mit ihren Leuten und immer auf das Wohl und die Sicherheit derselben bedacht waren.

Das Arbeiterpersonal der Firma Hofmann u. Heber.

Diese „zur Klärung“ bestimmte Annonce läßt leider jede Klärung darüber vermissen, von wem sie verfaßt und von wem sie bezahlt worden ist. Daß Arbeiter kaum acht Tage nach dem schändlichen Schönefelder Unglück, bei dem 11 ihrer Kollegen erschlagen und 14 andere ihrer gesunden Glieder beraubt wurden, sich aus freiem Willen zur Ehrenrettung der Unternehmung aufzuwerfen im Stande seien, gegen die Staatsanwaltschaft im selben Augenblicke die Strafuntersuchung wegen fahrlässiger Tötung einzuleiten, das halten wir solange für ausgeschlossen, als sich nicht Arbeiter finden, die mit ihrem Namen für diese Ehrenrettung einzutreten den Mut zeigen.

Und wie ist diese Ehrenrettung beschaffen? Neben der Baufirma Hofmann u. Heber soll „recht böswillig der Stab gebrochen“ und „wider besseres Wissen“ der „gute Ruf der Firma herabgewürdigt“ worden sein? „Wir, wir“, die Arbeiter, deren Kollegen vor drei Tagen tief unter der Erdoberfläche eingekerkert wurden, „wir wissen es am besten“, daß die Firma Hofmann u. Heber „immer auf das Wohl und die Sicher-

heit der Arbeiter bedacht“ war! Man traue seinen Augen nicht, wenn man das liest. Schließlich ist das ganze Schönefelder Massenunglück nichts anderes als pure Erfindung!

Geruus mit den Namen der „Arbeiter“, die diese Sache decken, die nahe an groben Unfug streift!

Der ungeheuerliche Unglücksfall am Schönefelder Wasserturm ist mit Recht in der Hauptsache auf das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem zurückgeführt worden. Diese Erklärung macht aber die Unternehmungsfirma nicht schuldlos. Und Arbeiter, die selbst kaum dem Tode entkommen, sollten den „Mut“ finden, im Widerspruch zu der gesamten öffentlichen Meinung die Unternehmer von aller Schuld und allem Tadel frei zu sprechen, bevor die Ergebnisse der amtlichen Untersuchung auch nur andeutungsweise bekannt geworden sind und obwohl Hundert sachverständige Arbeiter nach einer ohne Voreingenommenheit erfolgten Beurteilung keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß frevelhafte Schuld das gräßliche Unglück herbeigeführt hat?

Aus dem Umstand, daß die Arbeiter stets gute und saubere Arbeit liefern müssen, soll „natürlich hervorgehen“, daß das „sogenannte Treibsystem nicht existiert“ bei einer Firma, die ihre Konkurrenten um 10000 und mehr Mark unterbietet? Ist das die Logik unbefugter Arbeiter, ist das die Logik des gesunden Menschenverstandes?

Wenn je eine Aufklärung nötig war, so ist es die über die Entstehung der angeblich von Arbeitern herrührenden Annonce, die der öffentlichen Meinung direkt ins Gesicht schlägt!

Wie man die Vermissten der Armen behandelt! Der Arbeiterverein in Hähnchen hat wiederholt Gelegenheit genommen, auf den gefährlichen Zustand des dortigen Armenhauses hinzuweisen, der Gemeinderat hat aber bisher keine Beanstandung gefunden, Abhilfe zu schaffen. Der Dachstuhl des Gebäudes hat sich bedenklich nach einer Seite verschoben und ist von einem kleineren Anbau, der als Gefängnis dient, in der Regel aber von einer einzelnen Frau bewohnt wird, etwa 15 Centimeter abgelöst worden. Der Zustand hatte sich in der letzten Zeit derartig verschlimmert, daß bei einem etwaigen Sturm oder durch ähnliche Einwirkungen der Einsturz sicher zu erwarten war. Nur auf den Umstand, daß sich ein Sparren des Dachstuhls an den Schornstein, der nun auch bedenklich nach einer Seite neigt, angelehnt hat, mag es zureichend sein, daß bisher ein Zusammenbruch verhindert wurde. Noch schlimmer sind die Zustände im Innern des Gebäudes. In einem niederen und dunkeln Räume, den man kaum für eine menschliche Wohnung halten sollte, wohnt ein erblindeter Maurer mit seiner Frau und zwei Kindern. Außerdem enthält das Haus noch eine sogenannte Küche, das ist ein Loch, das keinesfalls als Aufenthaltsraum für das Vieh, viel weniger für Menschen dienen kann, und schließlich enthält das Haus noch einen Bodenraum, der auf einer Leiter zu erreichen ist. In der Stube, die etwa 1,85 Meter hoch ist, sind die Balken der Decke total von Wirmern zerfressen. Die Bewohner sind gezwungen, sich des Nachts ein Tuch über das Gesicht zu decken, damit ihnen der Staub und Dreck von der Decke nicht ins Gesicht fällt. Stellenweis senkt sich die Decke ganz erheblich, während einige Teile ganz abgebrochen sind. Ueberall zeigt sich Fäulnis und Feuchtigkeit. Bereits vor fünf Jahren, als die Leute hier eingezogen sind, ist die Zimmerdecke durch einen Balken, der mitten in der Stube steht, abgestützt worden. Und für dieses Loch, in dem eine vierköpfige Familie hausen muß, hat der Mann, der sonst der Gemeinde in keiner Weise zur Last fällt, 30 Mark Miete zu zahlen. Vor wenigen Tagen hat ein vorübergehender Bauunternehmer den gefährlichen Zustand des Armenhauses bemerkt und auf dessen Beanstandung ist denn auch die eine Gebeilseite durch mehrere Balken abgestützt worden. Damit ist zwar der drohenden Gefahr etwas vorgebeugt, sie ist aber keineswegs beseitigt worden. Wenn sich die Stützen in dem weichen Erdboden lockern, was um so eher zu befürchten ist, als das Gebäude tiefer als die Straße liegt und sich bei Regen Wassermassen hier ansammeln, dann ist eine Katastrophe unvermeidlich und vier Menschenleben können unter Umständen unter den Trümmern begraben werden. Der Gemeinderat in Hähnchen hat es für ein Bedürfnis gehalten, eine Geldsumme für das Völkerdenkmal zu bewilligen, ihm muß nun so mehr die Pflicht obliegen, die eigenen Gemeindeglieder, selbst wenn es sich um die Vermissten der Armen handelt, vor hereinkommenden Gefahren zu schützen. Wesentliche Verbesserungen werden an dem Armenhause wohl schwerlich möglich sein; es wäre richtiger, wenn im Interesse der Bewohner die behördliche Schließung der Hütte verfügt würde.

Der verbotene Umzug.

Dem Arbeiterverein zu Möckern war für den 7. September d. J. wohl ein Schanzturm genehmigt, der geplante Aus- und Umzug nach dem Turnplatz aber ohne jede Begründung verboten worden. Die dagegen eingelegte Beschwerde ist von der Kreishauptmannschaft als unbegründet verworfen worden. Die Beschwerde hatte aber wenigstens den Erfolg gehabt, daß daraufhin mitgeteilt wurde, die Amtshauptmannschaft habe die Genehmigung in der Hauptsache um deswillen verweigert, weil es „nach hinreichend gemachten Erfahrungen bedenklich fallen muß, daß eine Vereinigung mit vorwiegend parteipolitischer Tendenz demonstriert im Orte einen Umzug veranstaltet.“ So will es das sächsische Jurell

Zur Umsatzsteuer

hat das sächsische Ministerium des Innern aus Anlaß eines Regulatorius für die Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel eine Verordnung erlassen, in der es u. a. heißt: Die Umsatzsteuer für solche Großbetriebe darf die Höhe von 2 Prozent nicht überschreiten. Dieser Satz ist, da Gewerbesteuer nur vom Reinertrage eines Unternehmers gezahlt werden können, schon ein ungewöhnlich hoher und wird bei vielen Unternehmen einer Besteuerung von 20 Prozent des Reinertrages gleichkommen. Aus diesem Grunde bestimmt z. B. das preussische Warenhaussteuer-Gesetz, daß die Warenhaussteuer 20 Prozent des Ertrages auch dann nicht überschreiten dürfe, wenn die nach 2 Prozent des Umsatzes berechnete Steuer eine höhere Summe ergeben würde. Wenn mit der Umsatzsteuer eine das sogenannte „Markengeschäft“ des Konsumvereins treffende Einkommensteuer verbunden werden soll, so ist darauf zu achten, daß es an sich schon unzulässig sein würde, eine solche Einkommensteuer dem Konsumverein allein aufzulegen. Eine Gemeinde-Einkommensteuer würde in jedem Falle auf breiterer Grundlage aufzubauen sein. Diese Einkommensteuer in der Höhe von 8, 16, 32 und 60 Prozent des Einkommens zu erheben, wie in N. beabsichtigt wird, würde mit dem von den Gemeindeordnungen vorgeschriebenen Grundsatze der Verhältnismäßigkeit ganz unvereinbar und auch anderwärts ohne Beispiel sein. — Leider ist die Stadt N. nicht näher bezeichnet worden. Ihre Gemeindevorstellung scheint recht freundliche Absichten gegen die Konsumvereine im Schilde zu führen.

mann, dem man kein Geld in die Hand geben darf, weil er es sofort verspielt, bei dem aber doch gelegentlich der ganze Stolz seiner Klasse, der Stolz des Kavariers gegenüber Proleten und geistlichen Schulkuratoren zum Durchbruch kommt, die Frage vorlegen, ob dieser heruntergekommene, vom Bipperelein gequälte und in seiner Art wichtige Vertreter der Edelsten und Besten gar so sehr Ruine sein muß und ob er nicht um einige Plancen seiner geliebt werden sollte, als Ernst Bornstedt ihn gab. Er war die einzige Figur, die uns etwas karikiert erschien und die föhrend aufstie, weil man im übrigen die Bescheidenheit der Natur zu wahren verstand. Der Besuch hatte gegen den Eröffnungabend merklich nachgelassen. Die Leipziger warten, wenn ihnen etwas Neues entgegentritt, immer erst ab, was ihr Leib, und Magenblatt zu der Sache sagt und wollen orientiert sein, ehe sie ein Billet riskieren, die ausführlichen Besprechungen erscheinen ja aber erst morgen, also ist bereit noch Abwarten die Parole. Wir sind aber des zuverlässigen Glaubens, daß sich das bald ändern wird.

wb. Eine elektrische Niesenmaschine von vollkommener Eigenart ist nach einer Mitteilung der Industrie Elektrique durch den französischen Ingenieur Turp geschaffen worden. Dieser Elektriker ist seit vielen Jahren damit beschäftigt gewesen, eine Gleichstrommaschine von hoher Spannung für die Verteilung elektrischer Kraft zu bauen. Es ist ihm jetzt endlich gelungen, eine Dynamomachine herzustellen, die an ihren Wärsen unmittelbar einen Strom von 25000 Volt erzeugt. Von den ungewöhnlichen Ausmaßen der Maschine kann man sich eine Vorstellung nach der Angabe machen, daß ihre Armatur aus 48 Spulen besteht, deren jede einen Kern von 59 cm Durchmesser und eine Umwicklung von 500 Lagen Draht besitzt. Damit nicht zwischen den einzelnen Teilen des Kommutators Funken überspringen, wird zwischen ihnen ein starker Luftstrom hindurchgeleitet, der um so stärker wird, je schneller die Maschine geht.

Die Unterrichtsfrage im Arbeiterverein erweuen sich, wie uns geschrieben wird, in dem neuen Heim teilweise einer regen Beteiligung. Es ist aber auch zu bemerken, daß Personen, die sich für eine Beteiligung ausgedrückt haben, in den ersten Unterrichtsstunden nicht erschienen, weil nach ihrer Meinung „es doch nicht viel wird“. Dadurch wird aber nur der Anfang des Unterrichts verzögert. Es ist dringend zu wünschen, daß jeder, der sich beteiligen will, auch pünktlich zur festgesetzten Zeit einfindet. Namentlich die Teilnehmer für Rundschrift, Deutsche Sprache und Stenographie sollten sich zur festgesetzten Stunde einfinden.

Die Maußfelder Ange werden im laufenden Jahre nur ein sehr geringes Erträgnis abwerfen. Wie Schaffers Bureau meldet, ergab sich beim heutigen Semesterabschluss bis ultimo Juni 1902 eine Mindereinnahme von 2223 820.37 Mk. gegen das vorige 1. Semester. Der Gesamtüberschuß beträgt nur 430 043.47 Mk. gegen 3 662 663.84 Mk. im Vorjahre.

Die Stadt Leipzig besitzt etwa 9000 Rüge, deren Erträgnis sonst mit im städtischen Betriebe Verwendung fand. Die obige Meldung ist deshalb für die Leipziger Steuerzahler recht unerschrecklich und rückt die Notwendigkeit einer abermaligen Steuererhöhung immer näher.

Die Anklage gegen Treber-Schmidt befindet sich noch immer im Stadium der Vorbereitung. Von einer Festsetzung des Verhandlungstermins kann daher noch gar keine Rede sein, ebensowenig von einer Zeugenvorladung. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß Schmidt in diesem Jahre überhaupt nicht mehr abgeurteilt wird, da die Verhandlungen mit der französischen Regierung wegen der Ausdehnung der Anklage auf Belgien sich noch immer in der Schwebe befinden. Die Meldung, daß Exner zu der Verhandlung in Kassel bereits als Zeuge geladen worden sei, scheint hiernach falsch zu sein.

Für Lotteriespieler! Daß die Aufforderung an Dritte, das zugefallene Los einer auswärtigen Lotterie in Sachsen mitzuspielen, nicht ohne Gefahr ist, wußte zu seinem Schaden ein Spieler erfahren, der auf Grund des Gesetzes von 1837 zu einer Haftstrafe von acht Tagen verurteilt wurde, weil er mehrere andere Herren veranlaßte, mit ihm zusammen mehrere Lose der Braunschweiger Lotterie, die ihm unangefordert zugegangen waren, mitzuspielen.

Verkehr mit Kraftfahrzeugen auf den öffentlichen Wegen innerhalb Sachsens. Das sächsische Ministerium des Innern veröffentlicht in einer Verordnung, es befinde in Uebereinstimmung mit dem Finanzministerium, daß in den Fällen, in denen Kraftfahrzeuge aus Staaten, die keine Bescheinigung über die Zulassung von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Wegen ausstellen, innerhalb des Königreichs Sachsen öffentliche Wege befahren, zur Ausstellung der nach der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Wegen erforderlichen Bescheinigung diejenige Polizeibehörde sich für zuständig erachten möchte, deren Bezirk von demartigen Kraftfahrzeugen zunächst berührt wird.

Falsche Reichsbanknoten zu 100 Mk. mit dem Datum 1. Juli 1898 und der Nummer 0588 791 D sind in der letzten Zeit in der Dresdener Gegend ausgegeben worden. Die falschen Noten sind in Lichtdruck, und zwar in grauschwarzer Farbe, hergestellt. Der dunkle Lichtdruck ist mit verschiedenen blauen Farben übermalt. Stempel und Nummern sind rot überzeichnet; sämtliche Farben sind abwaschbar. Die Fasern der Rückseite sind nur durch den grauschwarzen Lichtdruck dargestellt. Die gatte Guilloché der echten Noten fehlt auf der Vorderseite ganz, ebenso die Wasserzeichen. Zur Herstellung dieser falschen Noten ist Zeichenpapier verwendet worden. Infolgedessen sind sie etwas stärker als wie die echten. Des Vertriebes der falschen Noten verdächtigt ist ein unbekannter, anscheinend dem besserbetheilten Ständen angehöriger Mensch im Alter von etwa 40-50 Jahren, etwa 1.70 Meter groß, mit blondem Haar und starkem blondem Schnurrbart. Der Unbekannte hat dunkle Kleidung und auf dem Arme ein Reifchen, aber einen Ueberzieher getragen.

Meine Polizeinachrichten. In L-Lindenau wurde gestern Abend auf der Kreuzung der Wismar- und Kurlienstraße das zweijährige Lichterchen eines Formers von einem Milchgeschirr überfahren, wobei das Kind mehrfache Verletzungen erlitten hat. Der Führer des Geschirres ist, da er zu schnell über jene Straßenkreuzung gefahren sein soll, zur Anzeige gebracht worden. Auf dem Vorplatz bekam heute früh in der 8. Stunde eine 84 Jahre alte Dienstmagd einen heftigen Krampfanfall. Da sich die Erkrankte nicht erholt, wurde sie mittels Droschke in das Krankenhaus gebracht.

Mehrere hiesige Familien sind von einem Betrüger dadurch empfindlich geschädigt worden, daß sie sich von ihm zur Gewährung eines längeren Kredits belogen ließen. Die Angaben dieses Menschen waren, wie sich herausstellte, alle erlogen. Der Betrüger, ein bereits von der Staatsanwaltschaft Chemnitz wegen Betrugs verfolgter 20 Jahre alter Kapuziner aus Wilmersdorf, ist jetzt ermittelt und verhaftet worden. Ferner erfolgte die Verhaftung einer schon vielfach vorbestraften Kellnerin aus Chemnitz, weil sie einem Herrn 100 Mk. gestohlen hat. Das Geld konnte dem Bestohlenen wieder zurückgegeben werden.

Ein 21 Jahre alter Markthelfer aus Eutritzsch verübte verschiedene Betrügereien, weshalb er in Haft genommen worden ist.

Weiser ist noch ein von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung verfolgter, 23 Jahre alter Arbeiter aus Volkmarshorf verhaftet worden.

Aus der Partei.

Ein Gedenkstein für Bruno Geiser wird Sonntag den 21. September auf seinem Grabe im Döwitzer Friedhofe bei Dresden enthüllt. Der Gedenkstein wurde von einem aus Parteigenossen gebildeten Komitee durch Gaben aus Kreisen der Parteigenossen errichtet.

Sozialistischer Wahlsieg. In Pöten ja wurde der Abgeordnete Ceccolli (Neapel) mit 446 gegen 465 Stimmen in den Provinzialrat gewählt.

Vermischtes.

Das Einschlagen des Blitzes in Städten. Dr. Moritz Swellen, der Vorstand des Observatoriums in De Wilt bei Utrecht, gibt in einer Aufschrift an ein Amsterdamer Blatt auf die Frage, wie es doch komme, daß man in Amsterdam fast niemals von einem Einschlagen des Blitzes höre, folgende Antwort: Eine Stadt hat so viele hervorragende Spitzen an Türmen und Gebäuden, daß zu einem großen Teil gut metallisch mit dem Boden verbunden sind, daß dadurch reichliche Gelegenheit geboten wird, die Elektrizität einer über die Stadt hindertreibenden Wolke durch die sogenannte langsame Entladung zu neutralisieren, ohne daß dazu eine plötzliche Entladung durch Einschlagen erforderlich ist. Dies ist der Hauptgrund, daß eine Stadt von Blitzschlägen viel weniger zu leiden hat als das Land. Auch Telephonbrüche können auf das Einschlagen des Blitzes von Einfluß sein, aber durchaus nicht immer in gleichem Sinne. Man macht sich wohl häufig bei der Vorstellung, als wäre eine Stadt mit großem telephonischen Verkehr mit einem über ihr ausgebreiteten Netz von Metallbräht überdeckt; wäre dies

in der That der Fall, dann wären ihre Bewohner gegen Blitzschlag in einer Weise gesichert, wie man sie sich nicht besser wünschen könnte. Dies ist aber nur in sehr beschränktem Sinne wahr. Denn erstens läßt die Dichtigkeit der Wälder, mag die Zahl der Abonnenten auch noch so groß sein, immer sehr viel zu wünschen übrig, und dann ist zu bedenken, daß bei weitem nicht alle hohen Punkte der Stadt sich unter diesem Netze befinden, daß vielmehr manche, wie Turmspitzen und einzelne hohe Gebäude, darüber hinausragen. Würde man im strengen Sinne des Wortes von einer Ueberspannung mit einem Netze sprechen, so dürfte keiner der Drähte innerhalb einer Stadt den Boden erreichen. Dies thun sie aber alle. In vielen Fällen wird zwar der Entladungstrom seinen Weg durch die Telephonbrähte nehmen, sich in diesen verteilen und, ohne die Häuser zu beschädigen, den Grund erreichen; aber immer ist dies nicht der Fall, denn die Hausleitung einer Telephonanlage besteht in der Regel aus so dünnem Draht, daß dieser sofort glühend wird oder schmilzt, wenn er eine zu einem Blitzschlag erforderliche Quantität Elektrizität durchlassen soll, und es sind deshalb auch Fälle namhaft zu machen, wo das Telephon geradezu die Ursache gewesen ist, daß der Blitz eingeschlagen hat. Zwar haben die Telephonapparate einen Blitzableiter, dieser ist aber nicht zum Schutz der Häuser und Bewohner angelegt, sondern um die Apparate selbst vor Beschädigung zu schützen. Für erstgenannten Zweck müßten sie außerhalb der Wohnungen da, wo der Draht in das Haus kommt, angelegt und durch einen dicken Kupferdraht direkt mit einer Grundplatte von genügender Oberfläche verbunden sein.

Ein gewaltiger Friedhof ausgestorbener Tiere ist während der letzten Monate im Gebiete von Fajum in Unterägypten entdeckt und durchforscht worden. Selten hat sich die Paläontologie um eine solche Fülle neuer Befunde bereichert gesehen, als durch diese Funde, die in einer stattlichen Reihe von Kisten nach dem britischen Museum in London verpackt und dort der genaueren wissenschaftlichen Untersuchung überliefert wurden. Diese Reste stammen sämtlich aus tertiären Schichten. Unter den vielen Aufstellungen, die aus diesen Forschungen hervorgegangen sind, ist wohl am wichtigsten die über die seit langem strittige Frage nach der Entwicklung und früheren Verbreitung der Affen. Früher war diese großartige Gruppe von Säugetieren in jastreckten Formen vertreten und weitlich über die Erde verbreitet, während heute nur noch zwei Arten übriggeblieben sind, der indische und der afrikanische Cefant. Ferner haben die Bodenschichten von Fajum Reste von Wälen geliefert, die noch keine Warten besaßen, sondern Zähne, wulstförmig eine ausgestorbene Form der Sirene (Seehuf). Am auffallendsten unter den gefundenen Resten aber sind die Ueberbleibsel von längst ausgestorbenen Affen der Cefanten, die bisher gänzlich unbekannt gewesen sind. Der Urahne der ganzen Sippe scheint ein Tier gewesen zu sein, das nach dem Moerthier den Namen Moerthierium erhalten hat. Es zeichnet sich von den lebenden Cefanten für den Kenner sofort durch die Eigenschaft aus, daß es eine fast vollständige Reihe von Backzähnen besitzt, die alle gleichzeitig in Gebrauch gewesen sein müßten, während die heutigen Cefanten gewöhnlich in jedem Kiefer nur einen Backzahn aufweisen, der allmählich von hinten her ergänzt wird. Weiter sind Wirbelnerven von Schlangen in großer Zahl gefunden worden, und zwar zu zwei verschiedenen Gattungen gehörig. Die eine dieser Urschlangen muß ein sehr großes Tier nach Art der jetzt in den indischen Urwäldern hausenden Abgottschlangen gewesen sein und ist deshalb auch mit seinem wissenschaftlichen Namen als Riesenschlange (Gigantophis) bezeichnet worden. Die andere Schlange hat ebenfalls eine bedeutende Größe gehabt, wahrscheinlich aber ein Wasserleben geführt. Ferner sind die Ueberbleibsel von Schildkröten erwähnenswert, unter denen sich zwei noch lebende Gattungen, aber mit neuen Arten, gefunden haben, während eine andere Gattung bisher gänzlich unbekannt gewesen und jetzt bereits ausgestorben ist. Daß sich auch vor jenen Jahraufenden, als noch kein Mensch auf der Erde lebte, in den Sümpfen des Fajum Krokodile getummelt haben, kann niemand überraschen, jedoch waren es solche von ganz besonderer Art, die heute in Afrika nirgend mehr zu finden sind, sondern ihren nächsten Verwandten in den Klüffen der Halbinsel Malakka und der Insel Borneo suchen müssen. Diese Reste liegen sämtlich in einer älteren Schicht des Erdbovens, darüber lagern noch andere Schichten, die ursprünglich durch Flüsse zusammengeführt worden sind und ebenfalls Reste von Affenresten enthalten. Auch diese Cefantentwürfe sind aber immerhin noch bedeutend älter als die riesigen Mastodonten, die vor den neuen ägyptischen Funden als die frühesten Vertreter der Cefantensippe gegolten haben. Das Mastodon war ein Ungeheuer, das in seiner äußeren Erscheinung wohl bedeutende Ähnlichkeit mit einem großen Cefanten besaßen haben muß und sich von diesem nur dadurch allerdings recht auffallend unterscheidet, daß auch die Unterkiefer zwei Stoßzähne trugen. Die eigentümlichen Ablagerungen haben noch eine ganze Reihe seltener Tiere in einzelnen Skeletten zu Tage gefördert, mit deren Erklärung die Wissenschaft noch nicht ganz fertig geworden ist. Eins der sonderbarsten ist das Arctiotherium Mittel, unserer ausgezeichneten deutschen Paläontologen Mittel gewidmet. Es ist noch nicht einmal gewiß, zu welcher Hauptgruppe der Säugetiere diese Form gestellt werden muß, da sie einer gänzlich neuen und bisher unbekanntem Typus darstellt. In der Größe mag das Tier mit einem großen Rhinoceros verglichen werden; es muß aber zwei Paare von Hörnern besaßen haben, die als Auswüchse auf den Seiten- und Nasenknochen aufsaßen. Uebrigens ist während der letzten Wochen in Amerika innerhalb des Staates Newyork das Knochengestalt eines großen Mastodon ausgegraben worden, dessen Rippen über 1 1/2 Meter lang und über 10 Centimeter dick sind.

Landwirtschaftliche Miesemaschinen in Kalifornien. Die Kölnische Zeitung schreibt: In San Joaquin, wo im September kein bobenaufweicher Regen fällt und wo ein völlig ebener Grund unabsehbar sich hingiebt, sind auf den Miesengütern Erntemaschinen im Gebrauch, die selbst bei dürftigstem Amerikaner überraschen. Es giebt zwei Arten der kombinierten Mäh- und Dreschmaschinen, die kleineren, die von 24 bis 40 Pferden, sechs in einer Reihe, gezogen werden, und die größeren, vor die ein Lokomobil gespannt ist, das 60 Pferdekrafte Zugkraft hat. Ein solches Ungetüm hat dann eine vom Lokomobil unabhängige Dampfmaschine von 30 Pferdekraften, ist 18 Meter lang und 9 Meter breit und wird von der Dampfmaschine mit 5 Kilopferd Stundenleistung durch das Feld geschleift; die Maschine leistet täglich 40 Hektar; der Schwaden, den sie schneidet, ist 12 Meter breit, die Weizen werden, während gemäht wird, über einen 1.2 Meter breiten Treibriemen geführt, und das Stroh in einen begleitenden Wagen geworfen, der, nachdem er gefüllt, gekippt wird. Die Weizen werden, immer auf der Fahrt, entkörnt, gereinigt, in Säcke gefüllt und die Säcke zugenäht; sind zwölf Säcke voll — sie enthalten je zwei Bushel, etwa 67 Kilogramm — so läßt man sie zu Boden gleiten. Acht Männer sind zur Bedienung der Maschine notwendig und vier Pferde bringen fortwährend Feuerungsöl und Wasser herbei. Auf den kleineren, von Pferden gezogenen Maschinen arbeiten vier bis sechs Männer, und es wird in amtlichen Schriften gesagt, daß ungefähr drei Viertel der ganzen Ackerenergie Kaliforniens, 45 000 000 Bushel Weizen (Hochsterzeugnis der Jahre 1884 und 1890) und 28 000 000 Bushel Gerste (1901), mit kombinierten Mäh- und Dreschmaschinen eingebracht werden.

Deffentliches Kergerniß. In München kam eine Tagelöhnersfrau aus der Vorstadt Pasing dieser Tage wegen Erregung öffentlichen Kergernisses vor das Schöffengericht. Der Unseligen waren an einem Tage im Juli beide im Alter von fünf und zwei Jahren stehenden Knaben auf die Straße entwichen, als sie dieselben suchen für ein Bad entleert hatte. Da diese Toilette bei beiden Knaben bei den Passanten Kergerniß erregte und das Schamgefühl der Pasinger aufs gräßlichste verletzte, wurde

der Vorfall zur Anzeige gebracht. Die Mutter erhielt daraufhin wegen „aroben Unfugs“ einen Strafbefehl, lautend auf eine Haftstrafe von zwei Tagen, — womit die deutsche Stillschicktheit wieder einmal gerechtfertigt ist.

Das Monopol eines Ansichtspostkartenfabrikanten. Der Frankfurter Zeitung schreibt ein Tourist, der zugleich dem Photographieport huldigt: „Bei meinem letzten Besuche des deutschen Nationaldenkmals auf dem Niederwald erfuhr meine Handkamera und mit ihr auch zugleich meine Begleitung einen Beweis des diensttuenden Beamten. Ich wollte mich über die Gründe des Verbots informieren, bekam jedoch nur eine noch barschere Antwort. Ich war ärgerlich über den Vorfall an so gewichtiger Stelle. Abends aber halte ich in Bingen Gelegenheit, die Gründe des Verbots zu erfahren. Ich mußte zu meinem größten Erstaunen hören: ein Ansichtspostkartenfabrikant hat das Privileg der alleinigen photographischen Aufnahme gepachtet, auf lange Zeit, und deshalb darf niemand photographische Aufnahmen an diesem deutschen Nationaldenkmal machen. Der Pächter soll noch nicht einmal ein Reichsdeutscher sein.“ Die Angelegenheit ist der Klärung dringend bedürftig.

Ein Mörder im Priesterrod. Vor dem Thore Portese in Rom wankten am 31. August nachmittags mehrere Schulknaben im Alter von 8-11 Jahren an den Trauben, welche über die Klostermauer der Dominikaner niederhängen. Der Vater Guardian Nikolaus nahm darauf, wie uns berichtet wird, ein mit Nachposten geladenes Gewehr, beschlich lautlos die Kinder und feuerte aus nächster Nähe einen Schuß ab, welcher eins sofort tot niederstreckte und ein anderes schwer verletzte. Der „Bruder“ Nikolaus wurde verhaftet.

Ein tüchtiger Schwimmer. Der amerikanische Berufsschwimmer Graham hat erfolgreich den Niagara-fall durchschwommen. Er unternahm am Sonntag zum zweiten Male den kühnen Versuch, die unteren Niagara-fälle zu durchschwimmen, der ihm glücklich gelang. Die gefährlichen Schnellen, in denen Kapitän Webb einen schrecklichen Tod fand, hat er bereits fünfmal, aber stets in einer Tonne, durchquert. Auch bei seinem letzten Versuche hatte Graham sich mit Korkstücken um Körper und Hals versehen, aber er geriet doch mehrere Male in die größte Lebensgefahr.

Vom Einkommen der Berliner Rechtsanwältinnen. Der Justizrat Dr. Strang in der Festsammlung der Juristischen Literaturblätter folgendes Bild: Die Reineinnahmen aus der Anwaltspraxis betragen bei 8 Prozent der Anwälte über 20 000 Mk., bei 8 Prozent zwischen 15 000 und 20 000 Mk., bei 12 Prozent zwischen 10 000 und 15 000 Mk., bei 50 Prozent zwischen 5 000 und 10 000 Mk., bei 12 Prozent zwischen 3 000 und 5 000 Mk., bei 10 Prozent unter 3 000 Mk. Das Einkommen der Notare, deren es 180 in Berlin giebt, stellt sich durchschnittlich auf 11 900 Mk., gegen 6 500 Mk. in der gesamten Monarchie; die geringste Einnahme beträgt 55 Mk., die höchste 105 000 Mk. — so ungleich verteilt sind des Lebens Güter auch unter den Berliner Notaren.

Noch ein Kulturbild aus einer Centralschönemann. Von einem niedlichen Teufelaustreibungschwundel erfährt man durch den Streit eines Staatsanwalts mit den „Frommen“ aus Baden. Zwischen dem klerikalen badischen Beobachter und dem badischen Staatsanwalt Jungmann ist es zu einer Auseinandersetzung gekommen, die jetzt den wegen einer in Schopfheim gehaltenen öffentlichen Rede angegriffenen Staatsanwalt zu folgender Erklärung veranlaßt hat:

Eine hysterische Frau wurde in Sigolsheim von einem Kapuziner daraufhin geprüft, ob sie, wie ihre Umgebung glaubte, thatsächlich vom bösen Geiste besessen sei. Die Probe wurde dadurch vorgenommen, daß die Frau ihre Hand abwechselnd in gewöhnliches Wasser, in Weihwasser und in Wasser aus der Quelle von Lourdes (Lourdes ist ein berühmter katholischer Wallfahrtsort in Frankreich) stecken mußte. Da nun die Frau, während sie ihre Hand in das gewöhnliche Wasser hielt, plötzlich zu schreien und zu toben anfing; erklärte der Kapuziner, sie sei nicht besessen, weil ein böser Geist sich nicht beim Berühren des gewöhnlichen Wassers, sondern beim Lourdes- oder Weihwasser zu erkennen gegeben hätte. Ich habe an diese Erzählung folgende weitere Bemerkung geknüpft: . . . „Was wäre nun geschehen, wenn die Frau zufällig beim Weih- oder Lourdeswasser geschrien hätte? Dann wäre sie mit allerhand Beredsamungen geplagt worden, anstatt, daß man sie zum Arzt geschickt, der sie vielleicht hätte heilen können!“ Im Zusammenhang damit habe ich die Probe des Kapuziners als ein abergläubisches und kurfürstliches Experiment bezeichnet und vor der Gefährlichkeit derartigen Experimente gewarnt. . . Ich glaube, berechtigt zu sein, diesen Standpunkt öffentlich zu vertreten, auch wenn Sie und Ihre Bestimmungengenossen eine solche Wirkung der Missionen für erfreulich halten.

Die fragliche Probe ist vom Vater Jrengens O. O. an der Ehefrau des Franz Gerber von Forstheim, Sibylla geb. Berneth vorgenommen worden. Die angeblich besessene Frau hielt übrigens das gewöhnliche Wasser für Lourdeswasser und erklärte, daß bei diesem der Teufel sich mehr regte. (1)

Von Nah und Fern.

Unwetter.

London, 12. September. Aus den Provinzen laufen Berichte ein, denen zufolge ein heftiges Unwetter der Ernte, namentlich den Obst- und Popsenpflanzungen, großen Schaden zugefügt hat. Ein Telegramm aus Malbone meldet, daß große Strecken in dem Bezirke und die Hauptstraßen in der Nachbarschaft noch immer sieben Zoll hoch mit Hagel bedeckt sind.

Grenoble, 11. September. Ein außerordentlich heftiger Sturm, der fast einem Cyclon gleich, ist in Biney niedergegangen und hat die Weinstöcke und Kufsbäume vernichtet. Es fielen 240 Gramm schwere Schlofen, die die Größe eines Apfels hatten, wodurch eine Menge Vögel getödtet wurden. Die Schlofen durchschlugen das Glasdach einer Seidenwarenfabrik und vernichteten die Seide auf den Webstühlen. 10 Gemeinden wurden überschwemmt, mehrere Personen wurden verletzt. Der Verlust ist noch unberechenbar.

Auch ein Hofmann.

Schwerin, 12. September. Gestern wurde der Hofstiller Wilhelm Bes wegen Wechselfälschung in 149 Fällen zu 6 Jahren Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Fälschungen erreichten die Höhe von 150 bis 200 000 Mark.

Cholera.

Kairo, 11. September. Heute werden 1380 weitere Erkrankungen an Cholera aus dem ganzen Lande gemeldet, davon entfallen auf Kairo 21, Alexandria 52, Tanja 114 und auf Tuf 110 Fälle. Seit dem 15. Juli kamen 20328 Erkrankungen vor, von denen 16209 tödlich verliefen.

Ans Sachsen und den Nachbargebieten.

Zur Fleischnot im Erzgebirge. In unserer Mittwochsnummer haben wir an der Hand der Bismarck, die die Handelskammer Blauen ermittelt hat, gezeigt, wie erschrecklich die Fleischnot im Erzgebirge gestiegen ist. Der Verbrauch an Schweinefleisch ist von 16740000 Kilogramm im Jahre 1900 auf 14511000 Kilogramm im Jahre 1901 gesunken. Die Differenz beträgt 2280000 Kilogramm oder nahezu 11 Proz. Auf den Kopf der Bevölkerung kamen 1900 23,68 Kilogramm Schweinefleisch, 1901 dagegen nur 21,14 Kilogramm, d. i. also 2,64 Kilogramm weniger. Der Vogtländische Anzeiger, ein von den wenigen Blättern, die die entsetzliche Fleischnot leugnen oder doch zu beschönigen suchen, spricht angesichts der von uns mitgeteilten Befürchtungen von einem Mißbrauch der Zahlen der Handelskammer, weil diese Bismarck nicht vollständig seien, indem der Verbrauch an Rindfleisch, Kalbfleisch und Schafschfleisch, der zugenommen habe, außer acht gelassen worden sei. Nach dem Wlatto belief sich der Gesamtverbrauch in Kilogrammen:

Table with 4 columns: Year (1900, 1901), Rindfl., Schweinefl., and a total row. Data: 1900: Rindfl. 9251220, Schweinefl. 16740030; 1901: Rindfl. 10102759, Schweinefl. 14511577. Total 1900: 25951250; Total 1901: 24614336.

Der bedeutende Rückgang des Verbrauchs an Schweinefleisch ist also Tatsache. Der Verbrauch von Rindfleisch ist allerdings gestiegen. Aus der Tabelle ergibt sich als Verbrauch von Rind- und Schweinefleisch zusammen für 1900 die Summe von 25503440 Kilogramm und für 1901 die Summe von 25819598 Kilogramm. Aber diese Zusammenfassung des Fleischkonsums beweist für die Fleischnot der Arbeiter gar nicht, denn die Arbeiter konsumieren ja hauptsächlich Schweinefleisch. Dies bestätigt auch der Vogtländische Anzeiger in folgenden Sätzen:

Aus der Schlachthofstatistik unseres Handelskammerbezirks ergibt sich, daß ein bemerkenswerter Rückgang in der Zahl der geschlachteten Schweine trotz der gestiegenen Fleischpreise vor dort stattgefunden hat, was man über starke Geschäftsknotung zu klagen hatte. So wurden 1901 in Reichenbach nur noch 6097 Schweine geschlachtet gegen 6884 im Vorjahre. Auch die Zahl der Rälber sank daselbst etwas, nämlich von 2365 auf 2333. Dafür aber stieg dort die Zahl der geschlachteten Rinder von 1347 auf 1489, der Schafe von 2610 auf 2824.

Wenn die Arbeiter kein Geld haben, Schweinefleisch zu kaufen, sind sie natürlich auch nicht in der Lage das bessere Rindfleisch zu genießen. Die Zunahme des Konsums an Rindfleisch beweist also gar nichts für die Lage der Arbeiter. Den vermehrten Konsum an Rindfleisch möchte das agrarfreundliche Blatt zu Gunsten der Arbeiterernährung verwenden, von der verhältnismäßig starken Zunahme der geschlachteten Pferde und Hunde aber, deren Fleisch natürlich nur von Arbeitern verzehrt wird, schweigt es. Die Angaben des Vogtländischen Anzeigers beweisen also im Gegenteil, daß die Fleischnot lediglich die Arbeiter und zwar mit voller Wucht getroffen hat. Und wenn der Holzlack mit den Bucherzöllern Geseh wieh, dann ist das Erzgebirge und das Vogtland dem Hungertyphus überliefert.

Eine schwere Gefahr steht abermals den sächsischen Spinnereiarbeitern bevor. Aus Chemnitz, dem Sitz des Verbandes der sächsischen Baumwollspinner, wird nämlich gemeldet: Innerhalb der Kreise der sächsischen Baumwollspinnereien schweben Verhandlungen, welche einheitliche Betriebs-einschränkungen zum Ziel haben. Sollte ein dahingehender Beschluß zu stande kommen, so werden sich auch die sächsischen Baumwollspinner dem Vorgehen anschließen.

Schon jetzt verdienen die Spinnereiarbeiter Sachsens so wenig, daß es zum Erbarmen ist. Und nun soll es noch schlimmer werden.

In dieser Angelegenheit wird noch aus Apolda gemeldet: Die Thüringer Baumwollspinnereien werden sich sämtlich den von den sächsischen Spinnereien beabsichtigten Betriebs-einschränkungen bis zur Höhe von 20 Prozent anschließen.

Eingestellter Bahnhofsba. Aus Ostrau wird berichtet: Die Fertigstellung des nun schon seit zwei Jahren begonnenen Umbaus des hiesigen Bahnhofs ist ganz plötzlich eingestellt worden. Der Uebergang über die Gleise bleibt also bestehen. Es werden demnach weder die Unterführung der Gleise (für den Personenverkehr von oberhalb) noch dem Bahnhofsgebäude, noch der Umbau des Güterbodens und die Hebung der Gleise vorgenommen, obwohl hierzu bereits vor fünf Jahren die Baukosten zu dem so nötigen Umbau bewilligt wurden und die Vorarbeiten schon seit Anfang 1898 im Gange sind. Eine sonderbare Maßnahme. Hoffentlich erfährt man über die Angelegenheit bald etwas Näheres.

Widau, 11. September. Vor der hiesigen Strafkammer halten sich die Schulze Meyer und Krepshmar und der Polizeiwachmeister Kabis von hier wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs zu verantworten. Sie hatten vor einiger Zeit den Arbeiter Moser, der wegen großen Ungehorsams verurteilt wurde, mit Gummischläuchen und Stöcken geschlagen. Die Angeklagten wurden zu je 50 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Reichslau, 11. September. Die Stadtverordneten BehoIdt, Stadel und Jugel haben im Stadtverordnetenkollegium einen Antrag dahingehend eingebracht, das Kollegium wolle beschließen, die sächsische Regierung zu ersuchen, ihrem Vertreter im Bundesrat dahin die Weisung zu erteilen, daß er für Aufhebung der Viehsperre eintrete.

G. Halle a. S., 11. September. Bekanntlich wurde in der letzten Versammlung des Allgemeinen Konsumvereins beschlossen, eine eigene Bäckerei für die Tausende von Mitgliedern zu errichten; auch wurden einige Mitglieder des sächsischen Gewerksvereins, die gegen das Projekt intrigierten und den Verein in hinterlistiger Weise geschädigt hatten, ausgeschlossen. Diese Leute wollen nun eine Beschwerdeschrift an den Regierungspräsidenten zu Merseburg senden, damit Herr v. d. Rede den Konsumvereins, der zu einem sozialdemokratischen Partei-

unternehmen" gestempelt werden soll, auflöse. Die angeführten Gründe, „politische Tendenzen, Ruin des Mittelstandes“ etc. sind aber mehr spasshaft als ernst zu nehmen und so wird es mit der Auflösung wohl noch gute Weile haben.

Naumburg, 11. September. Eine junge Dame aus Belf hatte auf dem Wege des Zeitungsinferats durch ein Heirats-gesuch die Bekanntschaft eines „Freiherrn v. Rosenbergs-Bewinski“ gemacht und sich schließlich mit ihm verlobt. Ihrem Vater erzählte er, sein Vater sei ein General, seine Mutter eine geborene v. Redtlow gewesen; nachdem er längere Zeit den Grafen Hohenthal auf Reisen begleitet, habe er eine Stelle bei einer Halleischen Versicherungsgesellschaft angenommen, bis er eine bedeutende Erbschaftsumme empfangen haben werde, die er beim hiesigen Oberlandesgerichte gegen einen Baron v. Oberlein erstritten habe. Einem Bruder der Frau, der Rechts-anwalt ist, kam indessen dies gerichtliche Urteil verdächtig vor; man forschte nach und ermittelte, daß der angebliche Freiherr der Sohn eines Restaurateurs in Ostpreußen Namens Niesens-tahl sei und daß er nicht bloß schon verheiratet gewesen und geschieden sei, sondern auch schon mehrfach im Gefängnis und Zuchthaus gewesen habe. Die hiesige Strafkammer verurteilte ihn gestern wiederum zu drei Jahren Zuchthaus.

Zeitg, 11. September. Mit „Segmentdamen“ gestattet der hiesige Oberbürgermeister Arnold kein Vergnügen. Der Vorsitzende des hiesigen Sozialdemokratischen Vereins wandte sich an die Polizeiverwaltung mit der Anfrage, ob jetzt, entgegen früherer Praxis, die Beteiligung von Damen an einem Vergnügen des Vereins freigegeben werde, erhielt aber ablehnenden Bescheid. Hierzu bemerkt die Magdeburger Volksstimme: Wir sind der Meinung, daß dieser Zustand noch dem Erlaß des Ministers nicht mehr aufrecht bleiben kann; es kann höchstens verlangt werden, daß sich alle weiblichen Personen, die an dem Vergnügen teilnehmen wollen, in einem besonderen Segment aufhalten; aber ein völliges Verbot des Besuchs der Veranstaltung seitens der Frauen erscheint angesichts des strikten Befehls des Ministers des Innern keineswegs respektvoll gegen die Anordnung Sr. Excellenz.

Soziale Rundschau. Volkswirtschaftliches.

a. Ueber die Tarifbildungen hat die Offenbacher Handelskammer auf Anfordern der Regierung ein Gutachten abgegeben, aus dem durch die Frankfurter Zeitung bisher nur Bruchstücke bekannt wurden. Es liegt nunmehr die ganze Dentschrift vor. Die Offenbacher Kammer führt die Gründe an, die ihres Erachtens zu den Tarifbildungen führten — Rückgang des Unternehmergewinns, Steigerung der Löhne, Konkurrenz durch wirtschaftlich schwache Unternehmer, die nicht kalkulierbar können und deshalb zu niedriger Preise berechnen — und schildert dann auch in ganz interessanter Weise den Terrorismus der Kartelle. Es werden Beispiele angeführt, wie „die Kugelfelder (die dem Kartell sich nicht anschließen wollten Industriellen) für den Anschluß an den Verband wurde“ gemacht worden sind. Es könne aber gegen diese Mittel, „wenn man die Sache lediglich vom Rechtsstandpunkt betrachtet, nichts eingewendet werden, da diese Kampfsart (es handelt sich in dem angebeuteten Falle um rüchschiklose, durch Preisunterbietung ermöglichte Niederfonturrierung solcher Firmen, die sich dem Kartell nicht anschließen wollten) sich nur gesetzlich erlaubter und mit der Gewerbefreiheit vereinbarlicher Mittel bedient.“

Nach der Schilderung des Kartellterrorismus stellt die Handelskammer weiter fest, daß die Verbände ihre Mitglieder durch harte Bußen zu zähmen müssen. „Dies geschieht meistens, indem die Mitglieder Wechsel in Höhe der vorgeesehenen Strafe hinterlegen; auch ist uns ein Fall bekannt, in welchem die Mitglieder einem Vertrauensmann des Verbandes vertraglich in aller Form Rechts ein Klagerrecht zur Einziehung der Buße im gegebenen Falle zugesprochen haben. Wir können dem vielfach auftretenden Verlangen, daß solche Vereinbarungen rechtlich unwirksam, die Bußen uneintragbar erklärt werden sollen, wie es beispielsweise in Oesterreich der Fall ist, nicht beipflichten. Eine eingegangene vertragliche Verpflichtung zu halten, ist Ehrensache, und es ist entschieden im Interesse des allgemeinen Rechtsbewußtseins gelegen, daß von Staatswegen der Nichterhaltung solcher Vereinbarungen zum mindesten kein Vorschub geleistet werde.“

Das scheint uns denn doch eine sehr ansehnliche Anschauung zu sein. Zunächst wird zugegeben, in welcher rüchschiklose Weise die Mitglieder gepreßt und durch Bußensystem gefesselt werden und dann soll die strikte Innehaltung dieser erzwungenen „Vereinbarung“ Ehrensache sein? Das ist eine sehr krause Logik.

Die Offenbacher Handelskammer „verkennt nicht, daß die in Rede stehenden Verbände bei richtiger Geschäftsgebarung sehr viel Gutes stiften können; aber: „wir halten jede staatsfeindliche Förderung solcher Vereinbarungen für bedenklich; insbesondere sollten den betreffenden Erwerbssitzungen für ihre Besendungen ins Ausland Feinerkeit Vergünstigungen, sei es durch Zoll- oder Steuer-rückvergütung oder sei es auf tarifmäßigem Gebiete, gewährt und ihnen der Kampf gegen den ausländischen Wettbewerb auf dem deutschen Markt nicht durch hohen Zollschutz erleichtert werden. Allgemein gültige Festsetzungen in der Gesetzgebung in dieser Beziehung sind wohl kaum angängig; es muß vielmehr von Fall zu Fall Stellung genommen werden. Es kann deshalb auch nicht befürwortet werden, daß beispielsweise von vornherein im Zolltarif die Böhle entsprechend bemessen werden; doch dürfte es unseres Erachtens der Erwägung wert sein, ob es nicht angebracht erscheint, im Zolltarifgesetz eine Bestimmung Platz greifen zu lassen, nach welcher der Bundesrat, unter Zustimmung oder unter Vorbehalt der Einholung der Genehmigung des Reichstages bei seiner nächsten Tagung ermächtigt wird, die Böhle für Waren, welche durch Vereinbarung der beteiligten Lieferanten künstlich im Preise erhöht oder hochgehalten werden, aufzuheben oder herabzusetzen.“

Ob und welche sonstige gesetzgeberische Maßregeln noch möglich sind, um den Auswüchsen der sich berechtigten Vereinbarungen über Warenerzeugung und Warenverkauf wirksam entgegenzutreten, vermögen wir nicht zu sagen, zumal der Einwand nicht von der Hand zu weisen ist, daß es schwierig sein dürfte, Bestimmungen zu treffen, welche einerseits nicht umgangen werden könnten, andererseits aber auch berechnete Bestrebungen nicht unterdrücken oder erschweren.“

Einerseits und andererseits! Soweit die deutschen Unternehmer als Teilnehmer an den Kartellen Profite einheimlich, gefallen ihnen die Verbände sehr wohl, das ist „einerseits“. So weit die Unternehmer als Bezüher von Rohmaterialien oder Halbfabrikaten durch tarifmäßige Indulgenzen selbst geschöpft werden, gefallen ihnen die Tarifs nicht, das ist „andererseits“. Jedenfalls ist der Vorschlag der Offenbacher Handelskammer von einer gewissen Originalität, der die Aufhebung von Böllen verlangt, sobald die Dinge die Preise durch Vereinbarungen künstlich in die Höhe schrauben.

Sozialpolitisches. Die Konferenz der österreichischen Arbeiterkonsumvereine, die vom Verband der Arbeitererwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Oesterreichs für den 7. und 8. d. M. in Olmütz stattfand, war von 26 Vereinen durch 41 Delegierte besetzt. Auch die Gewerkschaftskommission für Mähren und Schlesien war vertreten. Die Verhandlungssprache war deutsch und tschechisch.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Bedeutung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für die Arbeiter, erstattete Genosse Exner das Referat. Das Genossenschaftswesen habe sich in Oesterreich nicht so rasch entwickelt, wie in anderen Ländern. Die fortwährende Verteuerung und Verfälschung der Lebensmittel zwingt zum gemeinsamen Einkauf, der am besten durch Konsumvereine bewerkstelligt werden könne. Zu den Grundlagen und dem Ausbau der Konsumvereine übergehend, bemerkte er, daß die bestehenden Produktgenossenschaften von den Konsumvereinen durch Abnahme ihrer Erzeugnisse unterstützt werden sollen. Zum Schluß forderte Genosse Exner die Anwesenden auf, unermüdetlich in der Aufklärung für das Genossenschaftswesen unter der Arbeiterschaft thätig zu sein. Nach einer lebhaften Debatte, die sich zummiend an das Referat knüpfte, erklärten die Konferenzteilnehmer, allerorts für die Genossenschaften eintreten zu wollen. Nach Eröffnung des zweiten Verhandlungstages erstattete Genosse Gstein das Referat über den Anschluß an den Verband der Arbeitererwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Oesterreichs. Genosse Gstein schilderte die heute mitunter noch mangelhafte Verwaltung in den Konsumvereinen und besprach hierauf das dem Abgeordnetenhaus vorliegende Revisions-gesetz. Wenn heute noch nicht alle Arbeiterkonsumvereine dem Verbands angehören, so sei dies nur mehr eine Frage der Zeit. Die Arbeiter werden dorthin kommen, wohin sie gehören, und wo ihnen Gelegenheit geboten ist, ihre Meinungen zu äußern. In einem Verband, wo die Kräfte und Kaufleute durch die Vorkaufskassen Einfluß haben, werden die Arbeiterkonsumvereine schon infolge ihrer minderen Vertretung immer den Kürzeren gehen. Nachstehender Antrag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben: „Die heute versammelten Delegierten der mährischen und schlesischen Arbeiterkonsumvereine und Produktgenossenschaften beschließen auf Grund der Ergebnisse der Konferenz, nach ihrer Heimkunft bei ihren Vereinen in den Vorstandssitzungen, respektive Generalversammlungen den Beitritt zum Verbands der Arbeitererwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Oesterreichs zu beantragen und auf das eindrucklichste den Anschluß an den Verband zu befürworten. Zu Punkt 3 sprach Genosse Neuburg den Wunsch aus, es mögen in Zukunft Groß-einkaufshäuser nach Distrikten geschaffen werden. Derselbe brachte auch eine Reihe von Vorschlägen, die auf den Ausbau der Genossenschaften Bezug haben. Delegierter Schön (Odrau) besprach den gemeinschaftlichen Einkauf und verlangte, daß für die Zukunft eine Einkaufsgenossenschaft mit Anteilsscheinern gegründet werde. Nach längerer Debatte gab Genosse Exner einige Aufklärungen und sprach den Wunsch aus, sich nicht allzu früh in Unternehmungen einzulassen, welche erst in weiterer Zukunft durchgeführt werden können. Es wurde folgender Antrag angenommen: Nach Beitritt der Vereine zu dem Verband haben dieselben befristete Beratungen über den gemeinschaftlichen Einkauf neuerdings zusammenzutreten.“

Gewerkschaftliches.

K. Der „Christlich-soziale Metallarbeiterverband Deutschlands“ hielt anfangs dieser Woche in Köln seine Hauptversammlung ab, die zweite seit der vor vier Jahren erfolgten Gründung. Nach dem Geschäftsbericht beläuft sich die Mitgliederzahl auf annähernd 5000. Es bestehen 125 Ortsgruppen in den verschiedensten Städten des Reichs; 15 vor zwei Jahren bestehende Ortsgruppen sind aus Mangel an Führung eingegangen. Trotz seines „christlichen“ Charakters sind dem Verband Maßregelungen nicht erspart geblieben. In dem Geschäftsbericht heißt es: „Einen traffen Fall hatten wir in Hennef (Rheinprovinz) zu verzeichnen, wo eine neue Ortsgruppe gegründet, jedoch durch einen Miß der Fabrikanten die Kollegen gezwungen wurden, aus dem Verbands auszutreten, und somit die Ortsgruppe wieder einging. In Raboldfjell t. W. wurde von einer Fabrikleitung unsere Ortsgruppe unterdrückt und dafür eine Christlich-kundische (!) eingeführt, wodurch die Ortsgruppe ebenfalls einging, gleichermäße in Singen i. B.“ Der Verband ist bekanntlich wegen seiner Stellungnahme gegen den Brotwucher auf Beireiten Brusts aus dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ausgeschlossen worden. Die Generalversammlung nahm eine recht sanfte Resolution an, die eine Einigung mit den übrigen christlichen Verbänden erwarten läßt.

Gerichtssaal. Reichsgericht.

R.-G.-K. Leipzig, 11. September.

Aus dem Leben eines Magnetopaten. Vom Landgericht Magdeburg ist am 12. Juni der Zahntechniker Anton Bigano wegen Betrugs in 12 Fällen und eines Betrugsversuches zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Er ist der Sohn eines Zahnchirurgen, studierte in Amerika, war Assistent seines Vaters und übte dann in Düsseldorf die Zahntechnik und Naturheilkunde aus. Nachdem er wegen Erpressung und anderer Straftaten bestraft worden war, ging er nach Bitten, wo er auch Magnetopatie betrieb und wegen Sach-schädigung z. c. bestraft wurde. Er floh dann nach Rotterdam, kehrte aber bald mit einem gewissen Weinberger nach Deutschland zurück und zwar zunächst nach Hannover. Dann zog er nach Magdeburg und praktizierte dort unter dem falschen Namen August Weinberger als Zahntechniker, Magnetopath und Naturarzt. Seine Frau und seine drei Kinder hatte er nicht mit nach Magdeburg genommen, er begnügte sich hier mit einer Wirtschaftin. Ein gewisser R. brachte seine geschiedene Tochter, Frau W., in die Behandlung des Angeklagten und suchte schließlich zwischen diesem, der sich als unverheiratet ausgegeben, und jener Tochter eine Heirat zu stande zu bringen. Bigano hatte einen Geschäftsstellhaber namens Kl. angenommen, der Anstreicher und sehr beschränkt war. Er gab Kl. als Arzt aus und ließ ihn magnetopathische Bücher auswendig lernen, was ihm sehr schwer fiel. Schließlich verkaufte er sein Geschäft an Kl. für 10 000 Mk. Am Tage danach ging er zu R. und sagte, er könne seine Tochter nicht heiraten, aber er schlage als Ersatzmann seinen Sozias vor. R. und seine Tochter gingen tatsächlich auf diesen Vorschlag ein. Kl. war, als er von dem Handel einführ, so verduht, daß ihm nichts übrig blieb, als sich damit einverstanden zu erklären. Der Angeklagte ditierte nun dem Kl. einen Brief an R. mit einem Lebenslauf, aus dem hervorging, daß Kl. studiert habe. Zugleich mußte Kl. in dem Briefe dem R. um ein Darlehn von 2000 Mk. ersuchen, welche Summe ihm nach zum Kaufe des Geschäftes des „Herrn Weinberger“ schickte. Dann stiftete der Angeklagte den Kl. mit einem neuen Gefrore, seinem eigenen Goldner und einem Bouquet aus und schickte ihn an R., nachdem er ihm eingeschärft hatte, er solle auf alle Fragen antworten, das stehe in dem Briefe. So geschah es denn auch. R. gab dem Kl. 5000 Mk. und der Geschäftsverkauf wurde perfekt. Als der Angeklagte abgereist war, merkte R., daß er geprellt war und erstattete Anzeige. Das Inventar des Geschäftes hatte nicht den geringsten Wert; R. löste durch Verkauf desselben nur 400 Mk. In einer Reihe von Fällen hat der Angeklagte nach der Feststellung des Gerichtes Patienten betrogen, die er angeblich heilte und von denen er sich unabhängige Honorare zahlen ließ. So hat er u. a. einen Frauen von Gallensteinen dadurch „geheilt“, daß er ihnen 3-4 Wassergläser voll Nymusöl eingab, sie sich auf den Nachstuhl setzen ließ und nachher im Brusttone der Ueberzeugung erklärte, die un-geliebten Kotmassen enthielten die Gallensteine. Bei zwei der Patientinnen hatte er heimlich in die Kotmassen eine Anzahl Steine geworfen. Wie er vorher von seiner Haushälterin auf der Promenade hatte sammeln lassen. In einem dieser Fälle ist nur Versuch angenommen worden, weil der Angeklagte kein Geld bekommen hat. — Die Revision des Angeklagten ist als unbegründet vom Reichsgericht verworfen worden.

Serien-Verkäufe während 14 Tagen für Kleiderstoffe u. Manufakturwaren

Auf alle Artikel dieser Abteilung geben wir bei sämtlichen Einkäufen

10 Prozent extra Rabatt bar zurück.

Unter anderem machen wir auf folgende Gelegenheitskäufe aufmerksam:

Doppeltbreite Hauskleiderstoffe, einfarbig, bord., marine u. grau, tuhartiges Gewebe 55 u. 35 Pfg.	Weisse gebleichte Bique-Barchente, speziell für Weinleider und Jacken geeignet 55 u. 38 Pfg.	Doppeltbreite elegante Homespunne u. Zibeline vorn. Herbstneuheit, ca. 110 cm breit 185 u. 135 Pfg.
Doppeltbreite, einfarbige Wollstoffe, Cheviot und Crêpe-Bindungen, vollgriffige Qualität 95 u. 65 „	Doppeltbreite Valenhalbleinen u. Dowlas, derbe Gebrauchs-Qualitäten 68 u. 48 „	Doppeltbreite, schwarze, seidenglanz. Damen-Kleiderstoffe, glatt und gemustert 135 u. 85 „
Doppeltbreite, karierte u. gestr. Kinderkleiderstoffe in herrl., frischen Musterstellungen 95 u. 55 „	50 cm breite Gerstenfornhandtücher mit verschiedenen gewebten Stanten 38 u. 26 „	Gemusterte Blusenammete, bekannt als größte Neuheit für den Herbst 185 u. 145 „
Doppeltbreite, diesjährige neueste Blusenstoffe mit Seideneffekten 125 u. 88 „	84 cm breite Stangenleinen, Dimittis u. Damaste in versch. Streifen u. Blumenmustern 44 u. 33 „	Flanellartige Unterrockstoffe in rosa, mode und grau, welches angenehmes Gewebe 42 u. 29 „
Reinseidene, glatt-schwarze u. gemust. Seidenstoffe, vorz. f. Kleider u. Blusen geeignet 280 u. 160 „	130 cm breite Bettfatinen u. Damaste in großen neuen Musterzeichnungen 95 u. 75 „	Girle 130 cm breite Plaid-Stoffe, hell und dunkel gemustert 78 u. 58 „
Farbige gemust. Blusenleinen, garantiert reine Seide, hell- u. dunkelfarbige Muster 230 u. 170 „	Bunte echtfarbig gewebte Bettzeuge in erprobten Qualitäten, große Musterauswahl 38 u. 28 „	Hellgestreifte waschichte Hemdenbarchente, sowie karierte Lawn-Tennis-Stoffe 38 u. 27 „

Durch diese Serienverkäufe bieten wir dem werten Publikum hinsichtlich Preise und Qualitäten etwas außergewöhnlich Günstiges, was wir ganz besonders hervorheben.

Geschäftshaus Schaarschmidt & Co. Nachf., Eisenbahnstr. 44/46.

Zur Aufklärung!

Infolge des Zusammensturzes eines Teiles des Innengerüstes beim Neubau des Wasserturmes für die Gemeinde Schönefeld ist über die Baufirma Hofmann & Hetzer von einzelnen Personen recht böswillig der Stab gebrochen worden. Einesteils infolge Unkenntnis, aber auch wider besseres Wissen ist versucht worden, den guten Ruf der betreffenden Firma herabzuwürdigen.

Demgegenüber erklären wir, die wir doch am besten darüber urteilen können, daß die Firma eine der solidesten am Platze ist. Stets wurden wir zu guter und sauberer Arbeit angehalten, woraus natürlich hervorgeht, daß bei uns das sogenannte Treibsystem nicht existiert. Wir heben dagegen hervor, daß die beiden Meister stets freundlich im Umgange mit ihren Leuten und immer auf das Wohl und die Sicherheit derselben bedacht waren.

Das Arbeiterpersonal der Firma Hofmann & Hetzer.

Zur Arbeiter-Theater-Vorstellung

Der Erbförster

Text-Bücher

Preis 20 Pfennige

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Alle Abdräger der Leipziger Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Runden, die ihr

Conto beglichen, und Beamte

erhalten Kredit ohne Anzahlung.

Möbel

Büffets, Schreibische, Vertikows, Kleiderchränke, Küchenschränke, Tische, Stühle etc., Garnituren, Paneele-Sofas und Ottomanen, Spiegel, Trumeaus von der einfachsten bis elegantesten Einrichtung, Federbetten - Schlafdecken

Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe Damenkleider, Costumes, Kinderkleider, Teppiche, Kleiderstoffe Kinderwagen, Uhren, Schirme, Hüte, Stiefel

auf Abzahlung

zu den denkbar leichtesten Bedingungen bei

Hermann Liebau

Leipzig

Turnerstrasse 27, I. Etage.

Während der Messe

auch Sonntags

geöffnet.

7367]

10 St. geb. Singer-Nähmaschinen sowie mehr. Schneid- u. Schirm- u. Wasch. bisig zu verk. Münzgasse 20, S. I. I. Hand- u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Kirchstr. 67 Jetzt zur Messe auch Rospf. an b. Königstr.

Neue u. gebrauchte Möbel, Betten verkauft Lind., Bübener Str. 22, v. u. 1. Et. Hand- u. Leiterwagen b. Plagw., Bschod. Str. 81b. B. Messe Augustusplatz, 7. Reihe.

Gericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem hiesigen Viehstade zu Leipzig am 11. September 1902.

a) Auktions:

90 Rinder und zwar 18 Ochsen, 5 Kalben, 86 Kühe, 86 Bullen; 778 Rinder; 279 Stück Schafvieh; 1265 Schweine und zwar 1265 deutsche, — aus 2412 Tiere.

b) Marktpreise für 50 kg in Mark.

Tiergattung	Bezeichnung	Lebend-	Schlacht-
		Gewicht.	Gewicht.
Ochsen:	1. vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	—	78
	2. junge fleischige, nicht ausgewässerte — ältere ausgewässerte	—	70
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	68
	4. gering genährte jeden Alters	—	62
	1. vollfleischig, ausgewässert. Kalben höchsten Schlachtwertes	—	—
Kalben und Kühe:	2. vollfleischig, ausgewässerte Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	68
	3. ältere ausgewässerte Kühe u. wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	68
	4. mäßig genährte Kühe und Kalben	—	58
	5. gering genährte Kühe und Kalben	—	50
	1. vollfleischig höchsten Schlachtwertes	—	66
Bullen:	2. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	—	68
	3. gering genährte	—	60
	1. feinste Mast- (Wollmisch-) Mast und beste Saugkälber	50	—
Rinder:	2. mittlere Mast und gute Saugkälber	46	—
	3. geringe Saugkälber	42	—
	4. ältere gering genährte (Fresser)	38	—
	1. Mastlamm und jüngere Mastlammel	36	—
Schafe:	2. ältere Mastlammel	33	—
	3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Wergschafe)	30	—
Schweine:	1. vollfleischig der feineren Klassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	—	67
	2. fleischig	—	64
	3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber	—	50
	4. ausländische (aus)	—	—

c) Verkauf:

90 Rinder u. zwar 18 Ochsen, 5 Kalben, 86 Kühe, 86 Bullen; 778 Rinder; 258 Schafe; 1186 Schweine

d) Geschäftsgang:

gut mittelmäßig



Feinste Pflanzenbutter

Preis pro Pfund 70 Pfg.

Zu jedem Pfund Palmolive erhält der Käufer ein Serienbild. [3969]

Gummi-Waren

Carl Klose [7695]

Leipzig, Brühl Nr. 5.

Große Auswahl. Preise billig.

Filez- u. Strohhüte, neueste Farbe u. Façon, Mützen, Schirme, Stöcke, Hosenträger, Schilppas, Herrenwäsche.

Sweaters-

Muster werden nach wie vor billig verkauft von der Fabrik Weststrasse 67, pt. [8700]

Otto Hein's Wiener Pudding-Pulver

(Flammeri-Pulver) mit Vanille, Schokolade, Mandel, Citrone, Erdbeer, Himbeer, Apfelsine- und Ananas-Geschmack, zur billigen, bequemen Herstellung vorzüglicher latter Puddings ohne Eier und Butter innerhalb 5 Minuten. Besondere Vorzüge: Bekommt Herstellung, Ersparrnis der Eier und Butter, köstlicher Geschmack, große Nährkraft, leichte Verdaulichkeit. Preis für 1 Paket (4-6 Personen) 15 Pfg., 3 Pakete 40 Pfg., für Wiederverkäufer Engros-Preise. Engros- und Einzelverkauf in dem Schokoladen- und Patisserie-Geschäft: [4726]

Otto Hein

vorn. A. F. Fomm

Surprinzstr. 1, dicht am Rospf. Pl.

Wo man billig und reell *

Schuhwaren aller Art

in

ETROSSAT

Auswahl?

in

Seller-

hausen

Wurzener

Strasse 26

bei Wilhelm Weidner.

Gr. Ausw. prägn. Kanarienvögel, Prall. u. billige Käfige, hoch. Sommerkäfigen, 5 Pfd. 1,10 Mk., sowie a. Sorten pr. Vogelfutter, Ameiseneier, Mehlw., ital. Goldf. empf. Max Kraft, Poststr. 18.

Credit-Haus

L. Cohn
Colonnadenstr. 34, I.
„Am Westplatz.“
In grosser Auswahl, zu billigsten Preisen
auf Credit:
Herren-Anzüge, elegant, tadellos sitzend, Paletots, Jackets, Hosen nach Anfertigung nach Mass, Kinder-Bekleidung,
Damen-Garderobe Ausstattungen, **Möbel**, Betten, Wäsche etc. bei wöchentlicher Theilzahlung. von 1 Mark an.

Abonnement erhalten 10 Prozent Rabatt.

Abonnement erhalten 10 Prozent Rabatt.

Million-Uhren, Nickel 8.50, Stahl 10. —
Silb. Herren-Remont.-Uhren 12. —
Silb. Damen-Remont.-Uhren 12. —
Gold. Damen-Remont.-Uhren 19. —
Regulat. 1/2 u. voll schlag. 15. —
Moderne Wanduhren 20. —
Wooker, gute Qualität 3. —
sowie fein großes Goldwarenlager als Broschen, Ringe, Armbänder, Ohrringe u. s. w.
Specialität: Goldene Trauringe von 4. — an
Uhrketten in größter Auswahl
Lango Damenuhrketten v. 4.50 an empfiehl [456]

Gustav Kaniss

Uhren- und Goldwaren-Handlung
6 Tauchaer Straße 6.

Fahrradklarer
Y Y Y Eisenstrasse 12
empfehl [7488]

Opel-Nähmaschinen
äußerst preiswert.
Wiederverkäufer höchsten Rabatt.

Dauerhafte Bettstellen mit guten Sprungfedern
matratzen (beste Arbeit) 25 Mk. [510]
Dresdener Straße 23, Seitengeb. I.
G. Böhm, Tapezierer, vis-à-vis Pantheon.